Erscheint wöchentlich 3 mal | Fernsprecher Amt Ohle 7645 | Vierundzwanzigster Jahrgang

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brockau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Dodeck, Brockau. Expedition Bahnhofstraße 12. — Postscheck-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 36. | Bezugspreis vom 22. — 28. März 30 Goldpfennige. Monatlich 1,25 Goldmark, bei der Post 1,30 Goldmark. 7 gesp. Millimeterzeile 6 Goldpfennig, Auswärts 8 Goldpfennig, Heilmittel 12 Goldpfennig, Industrieanzeigen 20 Goldpfennig. | Brockau. Sonntag, den 23. März | Verantwortlich für die Redaktion Ernst Dodeck, Brockau, Bahnhofstraße 12. Sprechstunde täglich von 9 bis 10 Uhr, außer Sonn- und Feiertags. Bei Streiks oder Betriebsstörung kann der Bezieher Ersatzansprüche nicht erheben. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | 1924

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, den vollen Monat zu beziehen u. etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen
Bezugsänderungen werden nur bis 28. jedes Monats in unserer Expedition angenommen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das badische Staatsministerium hat die bisherige Verordnung, wonach der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag in Baden zu begehen ist, aufgehoben.

* Die Zahl der ausgewiesenen Pfälzer, die trotz der versprochenen „wohlwollenden" Prüfung der Rückkehrgesuche bisher noch keine Genehmigung zur Heimkehr erhalten haben, beträgt etwa 20 000.

* Nach einer Mitteilung des Gouverneurs des Noteninstituts wird Ungarn einen 100-Millionen-Kronenvorschuß auf die ausländische Anleihe erhalten.

* In Teheran sind blutige Unruhen ausgebrochen, man erwartet die Ausrufung der Republik Persien.

Die Gewaltpolitik im Westen.

Es ist traurig, aber leider wahr: wir Deutsche verstehen nichts, aber auch rein gar nichts von politischer Propaganda. Und darin ist die Republik um nichts besser als das Kaiserreich Deutschland, ist's vor und im Weltkrieg genau so wie hernach. Wir Deutsche, die wir so stolz sind auf unser „Organisations"talent, das manchmal zu einer Organisationsmanie ausartete und immer noch ausartet, sind nicht imstande gewesen, im Ausland eine schlagkräftige, großzügige, schnell arbeitende Propaganda zu organisieren. Aber — wir schreiben dicke Bücher darüber, wie gut es die andern machen. Es ist geradezu verhängnisvoll, welch ein Stümper Deutschland auf dem Instrument der Bearbeitung der öffentlichen Meinung war, ist und vermutlich bleiben wird.

Thema: Ruhreinbruch, Ruhrkampf, Ruhrleiden. Wir verfassen Denkschriften an die fremden Regierungen. Wir erlassen Protestnoten, die in den Papierkorb wandern, statt die Greueltaten der Franzosen und Belgier — und zwar wahre Schandtaten, keine „abgehackten Kinderhände"! — hinauszufunken, sie an den Häuserwänden im Ausland als Plakate gellend schreien zu lassen. Der General Lietzmann schilderte neulich in einem Brief aus Südamerika, wie energisch die dortigen Auslanddeutschen von sich aus darin arbeiteten während des Ruhrkampfes. Jetzt ist wieder einmal eine Denkschrift fertig, und zwar „übersichtlich und erschöpfend gehalten". Sie soll angeblich an die Mitglieder der Sachverständigenausschüsse nach Paris gesandt werden, die sie vermutlich zu ihren übrigen Akten legen werden. Hoffentlich schicken sie sie nicht zurück! Denn die ganze Ruhrfrage muß ja „unerörtert bleiben" auf Anordnung der Reparationskommission.

Aber für uns Deutsche ist diese „Bilanz der Gewalt" doch sehr lehrreich, denn sie zeigt uns mit grausamster Deutlichkeit, daß die deutsche Regierung im besetzten Gebiet tatsächlich überhaupt nichts mehr zu sagen hat. Weder auf dem Gebiete der Verwaltung, noch namentlich dem der Finanzen. Alles liegt in der Hand der Besatzungsbehörden. Die Kohlensteuer, die bei „uns" abgeschafft ist, wird dort von der Micum ruhig forterhoben; dafür mußten dann von uns den Werken diese Beträge auf ihre anderen Steuern angerechnet werden. Die Zolleinnahmen sind beschlagnahmt, die deutschen Zollgesetze nach französischem Gutdünken einfach abgeändert oder beseitigt. In breitem Strom ergießen sich die französischen und belgischen Waren in das besetzte Gebiet. Ebenso ist's mit den anderen fiskalischen Einnahmen. Das Branntweinmonopol ist zerschlagen, Wein-, Sekt- und Tabaksteuern werden von Franzosen eingezogen. Riesige Verheerungen sind in den Staatsforsten vorgenommen worden. Aber auch vor dem Privateigentum macht man nicht Halt. Im gewöhnlichen Leben würde man das Raub nennen, die Franzosen nennen es freilich „Beschlagnahme". Sie beschlagnahmen alles, was transportierbar, was nicht niet- und nagelfest ist, von der Kohle bis zum Eisenbahngleis, vom chemischen Produkt bis zum Kleiderschrank.

Die deutsche Staatshoheit gilt dort nicht mehr. Die Rentenbankverordnung ist dort „ungültig", ebenso die gesamte deutsche Devisengesetzgebung. Wegen des Frank natürlich! Rund 150 000 Menschen sind ausgewiesen, eine „Völkerwanderung", wie sie die neue Geschichte nicht kennt. Die deutschen Gerichte haben keinem Angehörigen der Besatzungsmächte, und allen, die in deren Dienst stehen, nicht das geringste zu sagen; dürfen doch sogar Schwerverbrecher auf handfester Tat aus diesen Kreisen nur bei einigen wenigen Fällen verhaftet werden. Dafür werden aber Vergehen gegen die „Sicherheit" der Besatzungsarmee mit furchtbar schweren Strafen „geahndet", und überall schnüffeln Spione und Horcher herum.

Und wozu das alles? Die Besatzungskosten verschlingen derartige Summen, daß der Erfolg dieser gesamten Gewaltpolitik im Westen verschwindend ist. Besonders verschwindend gegenüber dem, was Deutschland ohne diesen Einbruch hätte leisten können.

Nur einen Wunsch: klärt nicht nur das Ausland, klärt vor allem Deutschland auf über das, was im besetzten Gebiet vor sich geht!

Die Strafanträge in München

Festungsstrafen im Hitler-Prozeß beantragt.

(Neunzehnter Tag.) s. München, 21. März.

Erster Staatsanwalt Dr. Stenglein beantragte am Schluß seines langen Plädoyers für Hitler acht Jahre Festung, für Kriebel, Pöhner und Dr. Weber je sechs Jahre Festung, für General Ludendorff, Frick und Röhm je zwei Jahre Festung, für Brückner und Wagner je ein Jahr sechs Monate Festung, für Pernet ein Jahr drei Monate Festung.

*

Zu Beginn der heutigen Verhandlung gab der Vorsitzende zunächst eine Erklärung ab, die sich gegen die Pressemeldung, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern im Hintergrund des Prozesses stehe, wandte. Die Verhandlung habe keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der frühere Kronprinz irgendwie an den Ereignissen vom 8. und 9. November beteiligt gewesen sei und in die damit zusammenhängenden Vorgänge eingegriffen habe. Er sei auch an den Vorgängen, die im Fuchs-Machaus-Prozeß eine Rolle gespielt haben, vollständig unbeteiligt gewesen. Der Vorsitzende verkündet dann einen Gerichtsbeschluß, nach dem die Staatsanwälte und die Verteidiger ihre Reden

zunächst in öffentlicher Sitzung

halten sollen. Das Gericht behalte sich jedoch vor, im gegebenen Fall die Öffentlichkeit auszuschließen. Es habe dem Wunsch der Angeklagten, ihre Ehre in voller Öffentlichkeit zu verteidigen, Rechnung getragen, gebe sich aber der Erwartung hin, daß sie hierbei Vorsicht walten lassen würden, da es bei Entgleisungen unweigerlich für die späteren Ausführungen die Öffentlichkeit ausschließen müßte. Hierauf begann das

Plädoyer des Ersten Staatsanwalts.

Der Vortrag konnte naturgemäß nicht das große Interesse erregen, das der Prozeß selbst erregt hatte, da er ja nur die Ergebnisse der Beweisaufnahme, also alles, was man bereits aus den Zeugenvernehmungen wußte, zusammenfaßte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Dr. Stenglein, gibt zunächst einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung in Deutschland, die zu den Münchener Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 führte. Dann kommt er auf die Weimarer Verfassung als Grundlage des neuen Reiches zu sprechen. „Freilich," sagt er, „war das, was im November 1918 geschah," die Verdrängung der Bundesfürsten durch den Rat der Volksbeauftragten, ein Verbrechen des Hochverrats. Aber die neue Regierung ist dennoch in kurzer Zeit vollkommen durchgedrungen, und da die oberste Gewalt voll in den Händen der Volksbeauftragten war, ist der tatsächliche Zustand in einen rechtlichen umgewandelt worden, und die neue Verfassung wurde Gesetz. Hitler hat durchaus recht, wenn er sagt, daß Hochverrat das einzige Verbrechen ist, das straffrei bleibt, wenn es gelingt. Dieser Grundsatz muß aber auch auf die Angeklagten Anwendung finden: ihre Tat ist nicht gelungen, folglich können sie auch nicht straffrei bleiben." Nunmehr wendet sich der Staatsanwalt dem

Problem Kahr—Lossow—Seißner

zu. Für die Schuldfrage, so führt er aus, sei die Frage, ob diese drei Männer sich in strafbarer Weise an der Tat der Angeklagten beteiligt haben, durchaus belanglos: ihre Tat bleibe mit oder ohne Kahr, Lossow und Seißer Hochverrat. In dem eingehenden Ermittlungsverfahren sei selbstverständlich die Frage einer strafbaren Beteiligung jener drei Männer gewissenhaft geprüft worden; es habe sich aber kein Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Anklage gegen sie ergeben. Ihre Rechtfertigung, daß sie nur in einer Zwangslage zum Schein mitgetan hätten, um sich die Handlungsfreiheit zu erhalten, sei glaubwürdig erschienen. Für ihn stehe fest, daß die Verantwortung für das Geschehene und für die Folgen einzig und allein auf denen ruhe, welche jene Zwangslage geschaffen und die Aktion unternommen haben. „Und es steht noch eines fest," fuhr der Staatsanwalt fort. „Seit September 1923 war der einmal laut gewordene Ruf: „Auf nach Berlin!" ohne Zutun von Kahr, Lossow und Seißer zu einem Kampfruf geworden. Für die nationalaktiven Kreise verband sich damit der Gedanke an einen militärischen Marsch nach Berlin, und sie mögen dabei eine weitgehende Übereinstimmung der drei Männer mit ihren Plänen angenommen haben. Sicher aber ist, daß die Kampfverbände spätestens Ende Oktober erkannten, daß Kahr, Lossow und Seißer andere Ziele verfolgten und für den Marsch nach Berlin nicht zu haben waren. Ein

Direktorium Hitler-Ludendorff

war nie zwischen den Angeklagten und jenen drei Männern vereinbart worden, im Gegenteil, sie konnten mit deren Zustimmung zu einer solchen Diktatur unter keinen Umständen rechnen.

Nun folgte eine Charakteristik der einzelnen Angeklagten, zunächst Hitlers, der aus einfachen Verhältnissen der Begründer einer großen Partei geworden sei. Er habe sich als Diktator aufgespielt, Ämter verteilt und sich die Leitung der Reichspolitik angemaßt. Er und Ludendorff hätten den Ausschlag zu dem bewaffneten Zug in der Stadt, der blutige Zusammenstöße auslöste, gegeben. Dadurch habe sich Hitler des Hochverrats schuldig gemacht.

Was den General Ludendorff angehe, so habe er sich auch in seinen Fehlern als ganzer deutscher Mann bewiesen.

Er habe sich an die Spitze des Zuges gestellt, um sich den Kugeln zuerst auszusetzen. Aber das Gesetz habe auch er verletzt. Von der Putschabsicht will Ludendorff nichts gewußt haben, und das könne ihm nicht widerlegt werden. Aber der General habe vorher deutlich zu erkennen gegeben, daß er eine völkische Erhebung mitmache, und er wußte, daß es sich um eine Gewalttat handelte. Er habe sich also der Beihilfe schuldig gemacht.

Dem gegenüber stehe die Reinheit seines Wollens und die Dankesschuld des Vaterlandes gegen den großen Feldherrn.

Nach der Rede des Ersten Staatsanwalts beschäftigte sich Staatsanwalt Ehardt mit den anderen Angeklagten. Kriebel, sagte er, sei der Mittäterschaft des Hochverrats schuldig, da er am entschiedensten auf eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage gedrängt habe. Pöhner habe sich des Hochverrats schuldig gemacht, da er sich an politischen Besprechungen beteiligte und das Polizeipräsidium zu nehmen suchte. Frick sei der Beihilfe schuldig, weil er eine Alarmierung der Polizei und der Reichswehr unterlassen habe. Weber sei des Hochverrats schuldig, weil er sich am Demonstrationszuge beteiligte. Röhm habe sich der Beihilfe schuldig gemacht, weil er das Wehrkreiskommando besetzte. Brückner habe Beihilfe zur Verfassungsänderung geleistet. Wagners Verhalten bedeute Beihilfe zum Hochverrat, weil er in den Putsch eingeweiht war und bereit war, mitzuhelfen. Pernet hat gleichfalls Beihilfe zum Hochverrat geleistet.

Hierauf erhob sich noch einmal der Erste Staatsanwalt und stellte den oben wiedergegebenen Strafantrag.

Beginn der Verteidigungsreden.

In der Nachmittagssitzung nimmt der Rechtsanwalt Röder, der nach dem ursprünglichen Plan erst morgen sprechen sollte, das Wort zu seinem Plädoyer für Hitler. Er weist darauf hin, daß heute vor sechs Jahren die große Frühjahrsschlacht in Frankreich begonnen habe, und daß fast alle von den Männern, die jetzt hier auf der Anklagebank säßen, daran teilgenommen hätten. Rechtsanwalt Röder richtet dann Angriffe gegen von Kahr, der verhindert habe, daß die Wahrheit über den Putsch in die Welt dringe. Kahr habe die Presse in seinem Sinne beeinflußt, und die Angeklagten, die teils in Untersuchungshaft, teils in Schutzhaft gesessen hätten, hätten nicht die Möglichkeit gehabt, sich zu wehren und zu verteidigen.

Vorschläge der Sachverständigen.

Die Goldwährungsbank.

Mit jedem Tage wird in Paris die Bekanntmachung der Sachverständigenvorschläge angekündigt. Bis jetzt sind sie aber noch nicht veröffentlicht. Jedoch glauben Pariser Blätter schon folgende Kapitelüberschriften des Berichts angeben zu können:

1. Schaffung einer deutschen Goldnotenbank. 2. Das ausgeglichene deutsche Staatsbudget. 3. Reorganisation und Ausbeutung der Reichseisenbahn, in deren Verband die französisch-belgische Regie weiter funktioniert. Die Einnahmen fundieren die internationalen Anleihen. 4. Ausbeutung von Tabak, Zucker, Alkohol und Zündholzmonopol für Reparationszwecke. 5. Teilweise Finanzkontrolle hinsichtlich bestimmter Einnahmen. der Emissionsbank und der Eisenbahn. 6. Er-

zweijährigem Moratorium bei Fortsetzung der Lieferungen und Entschädigung für die Industriellen.

richtung des Hypothekensystems auf der deutschen Wirtschaft.

Inzwischen beraten die beiden Ausschüsse unter teilweiser Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und anderer deutscher Beauftragter weiter. Von der Goldwährungsbank heißt es, daß das Kapital dazu von deutscher und von ausländischer Seite stamme und schließlich durch die Eisenbahnanleihe ergänzt werden solle. Der Unterhalt der Besatzungstruppen wird auf jährlich 900 Millionen Goldmark geschätzt. Der Überschuß, den die Sachverständigen aus dem deutschen Wirtschaftsleben, wenn es wieder in Ordnung gebracht ist, herauszuwirtschaften hoffen, wird auf drei Milliarden Goldmark geschätzt.

Wuchergerichte aufgehoben.

Am 1. April.

Der Reichsrat stimmte einer Verordnung der Reichsregierung zu, nach der die Wuchergerichte am 1. April 1924 außer Wirksamkeit treten und die Preistreibereisachen wieder von den ordentlichen Strafgerichten abgeurteilt werden sollen.

Es wird auf die Beibehaltung der besonderen Wuchergerichte verzichtet, weil die mit ihrer Einrichtung erstrebte Wirkung auf die Beteiligten und die Öffentlichkeit nach Einführung der gleichzeitig in Kraft tretenden Neuorganisation der Strafgerichte auch im ordentlichen Strafverfahren erzielt werden kann. Die Preistreibereisachen fallen künftig fast ganz in die Zuständigkeit der Amtsgerichte. Die besonders schweren Fälle der Preistreiberei kommen künftig vor die Schwurgerichte.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Mit Wirkung vom 1. April ab.

Der Beschluß des Reichskabinetts über die neue Beamtenbesoldung sieht bekanntlich eine Erhöhung der Grundgehälter mit 13 % und weiter eine Aufbesserung der Ortszuschläge und sozialen Zuschläge vor, so daß im ganzen eine Verbesserung zwischen 20 und 25 % gegen das bisherige Einkommen sich herausstellt. Die Steigerung gliedert sich wie folgt:

Grundgehälter: Gruppe 1 Schaffner, Anfangsgehalt 684 M., Endgehalt 912 M.; Gruppe 2 Postbote 750 bis 1002 M.; Gruppe 3 Schaffner 822 bis 1092 M.; Gruppe 4 Lokomotivheizer 942 bis 1260 M.; Gruppe 5 Zugführer 1104 bis 1470 M.; Gruppe 6 Lokomotivführer 1702 bis 1734 M.; Gruppe 7 Obersekretär 1590 bis 2130 M.; Gruppe 8 Inspektor 1830 bis 2430 Mark; Gruppe 9 Oberinspektor 2160 bis 2850 M.; Gruppe 10 Regierungsrat 2550 bis 3390 M.; Gruppe 11 Regierungsrat 2940 bis 3930 M.; Grupe 12 Oberregierungsrat 3480 bis 4620 Mark; Gruppe 13 Ministerialrat 4200 bis 5610 M. B 1 Reichsgerichtsrat 6000 M.; B 2 Präsident 6600 M.; B 3 Ministerialdirektor 7590 M.; B 4 Botschafter 7950 M.; B 5 Staatssekretär 10 200 M.; B 6 Minister 15 300 M.; B 7 Reichskanzler 17 100 M.

Ortszuschlag, Ortsklasse A: Tarifklasse 7 bis 810 M. Grundgehalt 252 M., davon ab 1. April 80 %, 200 M.; Tarifklasse 6 bis 1092 M. Grundgehalt 390 M. = 312 M.; Tarifklasse 5 bis 1734 M. Grundgehalt 540 M. = 432 M.; Tarifklasse 6 bis 2850 Mark Grundgehalt 720 M. = 576 M.; Tarifklasse 3 bis 4620 M. Grundgehalt 960 M. = 768 M.; Tarifklasse 2 bis 6600 M. Grundgehalt 1260 M. = 1008 M.; Tarifklasse 1 über 6600 M. Grundgehalt 1560 M. = 1248 M. Die Kinderzuschläge betragen bis zum 6. Lebensjahr 13 M., bis zum 14. Lebensjahr 15 M. und bis zum 21. Lebensjahr 17 M. Der Frauenzuschlag ist auf 8 M. monatlich festgesetzt worden.

Der Reichsrat hat bereits seine Zustimmung zu den Beschlüssen erklärt, so daß dem Inkrafttreten nichts mehr im Wege steht.

*

Gehalt und Aufwand für den Reichspräsidenten.

In dem neuen Reichshaushaltplan 1924 sind für den Reichspräsidenten 45 060 Mark eingesetzt. Das Diensteinkommen des Reichspräsidenten beträgt das Doppelte der Dienstbezüge des Reichskanzlers. Für wohltätige und gemeinnützige Zwecke sind dem Reichspräsidenten 15 000 Mark zur Verfügung gestellt. Dazu kommen für Unterhaltung von Dienstgebäude und Wohnung 9000, Ausstattungsstücke 4500, Bureau des Reichspräsidenten, Besoldungen usw. 138 800 Mark, so daß im ganzen für den Reichspräsidenten 219 440 Mark im Etat ausgeworfen sind.

Das Kabinett der Sanierung.

Dr. Marx über deutsche Politik.

Dem Mitarbeiter eines Wiener Blattes gewährte Reichskanzler Dr. Marx, der mit Dr. Stresemann in Wien weilte, eine Unterredung, aus der das Wiener Blatt folgende Darlegungen des Reichskanzlers widergibt:

Das Zentrum hat gemeinsam mit den anderen Mittelparteien, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei die Kabinettsbildung in Deutschland übernommen, um unter Zurückstellung alles Trennenden das große dreifache Ziel zu erreichen:

Stabilisierung der Währung, Ausbalancierung des Staatshaushaltes und Wiederbelebung der Wirtschaft, drei Aufgaben, die ineinander greifen und nur als ein gemeinsamer Komplex einer befriedigenden Lösung zugeführt werden können.

Die Regierungsparteien brachten daher unzweifelhaft ein Opfer, als sie ihre Führer für das Kabinett der Sanierung zur Verfügung stellten. Es werden die parlamentarischen Schwierigkeiten ausreichend durch die notwendig gewordene Auflösung des Reichstages gekennzeichnet. Aber die Schwierigkeiten werden schließlich von allen Einsichtigen anerkannt und, je mehr der Erfolg hervortritt, um so mehr gewürdigt. Der Erfolg bahnt sich langsam, aber überall sichtbar an.

Über die Veranlassung zum Wiener Besuch sagte der Kanzler, er betone den Gedanken der Kulturgemeinschaft mit dem österreichischen Bruderlande und gebe gleichzeitig Gelegenheit, dem Dank Ausdruck zu verleihen für das großzügige Hilfswerk Österreichs in der bitteren Not Deutschlands.

Richtlinien für die Reichswehr.

Der Erlaß des Generals v. Seeckt.

Der Verlauf des Hitlerprozesses hat deutlich gemacht, wie im Herbst 1923 von verschiedenen Seiten Bemühungen stattfanden, die Reichswehr zum Eingreifen für politische Zwecke zu bewegen. Der Oberstkommandierende General v. Seeckt fühlte sich damals, am 4. November 1923, veranlaßt, einen Befehl an die Wehrkreiskommandeure zu richten, der jetzt der Öffentlichkeit übergeben wird. General v. Seeckt weist darin den Weg, den die Reichswehr zu gehen hat und sagt nach einer Schilderung der zeitweiligen Lage u. a.:

Solange ich an meiner Stelle bin, habe ich die Ansicht vertreten, daß nicht von diesem oder jenem Extrem, nicht von äußerer Hilfe oder innerer Revolution — komme sie von links oder rechts — das Heil kommt, sondern daß uns nur harte, nüchterne Arbeit die Möglichkeit zum Weiterleben gibt. Diese können wir allein auf dem Boden von Gesetz und Verfassung leisten. Wird dieser verlassen, so tritt der Bürgerkrieg ein — der Bürgerkrieg, der bei unseren heutigen Verhältnissen zwei an Zahl und Machtmitteln gleich starke Parteien gegeneinander führt, der nicht mit dem Siege der einen Seite, sondern mit ihrer gegenseitigen Zerfleischung endet. An der Reichswehr ist es, diesen Bürgerkrieg zu verhindern. Denn darüber besteht bei Freund und Feind kein Zweifel: Solange in der Reichswehr innere Disziplin und unerschütterliches Vertrauen zu ihren Führern lebt, solange kann kein Feind des Staates etwas ausrichten, solange kann die Reichseinheit nicht angetastet werden, solange wird die Hoffnung auf ein freies und großes Deutschland nicht erlöschen.

Zum Schluß des Erlasses wird betont, daß die Ehre des Soldaten nicht im Besserwissen und Besserwollen, sondern im Gehorsam liege. Eine Reichswehr, die in sich einig und im Gehorsam bleibe, sei unüberwindlich und der stärkste Faktor im Staate. Eine Reichswehr, in die der Spaltpilz der Politik gedrungen sei, werde in der Stunde der Gefahr zerbrechen.

Seipel Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland?

Marx und Stresemann beim französischen Gesandten.

Wien, 21. März.

Es hat hier großes Aufsehen erregt, daß Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann bei ihren Diplomatenvisiten auch dem französischen Gesandten ihre Aufwartung gemacht haben. Dieser erwiderte den Besuch nicht nur formell, sondern pflog mit Marx und Stresemann eine längere Aussprache. Von informierter Seite erfährt man, daß der Bundeskanzler bei seinen Berliner Gästen eindringlich für eine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich eintrat; es verlautet, daß Seipel unmittelbar vor der Ankunft der deutschen Staatsmänner eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten hatte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über die Micumverträge.

Die Micumverträge, die bekanntlich am 15. April ablaufen, sind in diesen Tagen Gegenstand von Besprechungen innerhalb der Reichsregierung gewesen. Beschlüsse irgendwelcher Art konnten nach Lage der Sache nicht gefaßt werden. Jedoch werden am Montag und Dienstag zwischen der Reichsregierung und Vertretern der deutschen Industrie Besprechungen über die nach Ablauf der Micumverträge sich ergebende Lage stattfinden.

Wirtschaftspolitische Fragen.

Reichswirtschaftsminister Hamm sprach in einer Unterredung mit dem Vertreter einer Münchener Zeitung über die wirtschaftliche Lage. Der Minister betonte, daß er es als eine der wichtigsten Aufgaben der weiteren Zukunft ansehe, geregelte weltwirtschaftliche Beziehungen wieder herzustellen. Für Deutschland werde sich diese Umstellung seiner Auffassung nach etwa in folgenden Etappen vollziehen: 1. Abbau der Einfuhrverbote und Rückkehr zur Methode lediglich zollpolitischer Einwirkung auf den Außenhandel; 2. Anpassung unseres autonomen Zolltarifs an die in vielen Hinsichten veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse; 3. Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen zur Sicherung unserer Ausfuhr und auch zur Sicherung einer angemessenen Einfuhr.

Vertagung des sächsischen Landtages.

Der sächsische Landtag hat den deutschnationalen Antrag auf sofortige Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 42 Stimmen abgelehnt und sich bis zum 6. Mai vertagt.

Noch ein tschechischer Geheimvertrag.

Als Antwort auf die tschechoslowakischen und französischen Behauptungen, es habe nie ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Tschechoslowakei existiert, veröffentlicht das Berliner Tageblatt nunmehr den Geheimvertrag zwischen beiden Ländern vom 28. Oktober 1918. Dieser Vertrag stipuliert einfach glatt die Unterstellung der gesamten tschechischen Wehrmacht unter Frankreichs Einfluß und Verwaltung. Tatsächlich wird seit damals die Ausbildung der Tschechenarmee von 60 französischen Oberoffizieren vorgenommen, und der französische General Mittelhauser ist oberste militärische Instanz in Prag.

Dr. Helfferich über deutsche Politik.

Dem Vertreter eines römischen Blattes sagte Dr. Helfferich in einer Unterredung, eine neue Inflation sei unwahrscheinlich, dagegen sei die kleine Goldbank Dr. Schachts geeignet, die große internationale Emissionsgoldbank zu gefährden. Zur deutschen Außenpolitik bedauerte Helfferich die Grundsätze und Methoden Stresemanns, die zu schwere und untragbare Opfer gebracht habe, um eine Verständigung mit Frankreich zu erreichen, statt von anderen gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Verhaftungen Deutscher in Bonn.

Die französischen Besatzungsbehörden haben in Bonn den Deutschen Hugo Schneider sowie mehrere frühere deutsche Offiziere, die dem Verband Jungdeutscher Orden angehören, festgenommen. Der Verband war seinerzeit von der Rheinlandkommission aufgelöst worden, hatte aber angeblich trotz des Verbotes in Bonn seine Tätigkeit weiter ausgeübt. Schneider und seine Kameraden werden sich vor dem Militärgericht zu verantworten haben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der „Republikanische Reichsverband" richtete einen Protest an den Reichskanzler gegen die Verhaftung und Strafverfolgung Quiddes.

Berlin. Der „Deutsche Schutzbund" für die Grenz- und Auslandsdeutschen veranstaltet seine diesjährige Tagung in Graz, Steiermark.

Brüssel. Die belgische Kammer hat mit 92 gegen 69 Stimmen bei 6 Enthaltungen dem neuen Kabinett Theunis das Vertrauen ausgesprochen.

London. Bei der Nachwahl in London-Westminster ist der liberale und antisozialistische Staatsmann Lord Churchill einem konservativen Kandidaten unterlegen.

Preußischer Haushaltsplan für 1924.

Auf Goldmarkgrundlage.

In dem soeben fertiggestellten Entwurf des Etats für das laufende Jahr sind veranschlagt die Einnahmen auf 2 309 407 723 Goldmark, die dauernden Ausgaben auf 1 938 604 686 Goldmark, die einmaligen Ausgaben auf 370 803 037 Goldmark, zusammen also 2 309 407 723.

Die Ausgleichung des neuen Etats war nur durch schärfste Sparsamkeitsmaßnahmen und durch äußerste Ausschöpfung aller staatlichen Einnahmequellen, besonders der Steuern, möglich. So sind in den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung rund 322,15 Millionen Goldmark als neue preußische Steuereinnahmen eingestellt worden. Hierbei nimmt die Hauszinssteuer mit 320 Millionen Goldmark den Hauptteil ein. Außerdem wird aus einer Verbesserung des Staatsanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer ein Zuschuß von rund 43,15 Millionen Goldmark erwartet. Als Anteile der Gemeinden an den Reichssteuern sind bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer 55 %, bei der Umsatzsteuer 3/5 des Landesanteiles eingestellt.

Vertagung des Preußischen Landtages

(307. Sitzung.) tt. Berlin, 21. März.

Mit den Staatsratsbeschlüssen über Abänderung des erst kürzlich vom Landtag genehmigten Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wird sich der Hauptausschuß weiter beschäftigen.

Heute wurde eine Reihe kleiner Vorlagen, darunter die Umwandlung von Försterstellen in Untersförster- und Waldwärterstellen sowie die Verleihung der den Rechtsanwälten zustehenden Rechte an die Personen, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst erhalten haben, erledigt. Sodann beschäftigte sich der Landtag mit der Frage der

Umgestaltung der Rechtspflege.

Für die Sozialdemokratie begründete Abg. Rosenfeldt eine große Anfrage seiner Partei über diese Materie.

Justizminister Am Zehnhoff tritt für die Verordnungen ein, die trotz berechtigter Bedenken notwendig gewesen seien, weil man vor der Gefahr des Zusammenbruchs der Rechtspflege gestanden hätte. Die Zurücklenkung der Rechtsentwicklung auf den Weg der ordentlichen Gesetzgebung ist inzwischen durch den Ablauf der Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes eingetreten. Wenn gegen eine rechtskräftige Verurteilung ernste Bedenken hervortreten sollten, ohne daß die Voraussetzungen für ein Wiederaufnahmeverfahren gegeben sind, wird die Staatsregierung prüfen, ob Anlaß zur Herbeiführung eines Gnadenerweises gegeben ist.

In der weiteren Debatte sprechen Abg. Oppenhoff (Zentr.) und Dr. Deerberg (Deutschn.) für, Abg. Kuttner (Soz.) gegen die Verordnungen.

*

Die preußischen Gemeindewahlen.

Der Ältestenrat beriet erneut über die Frage des Termins für die Gemeindewahlen. Die einzelnen Fraktionen hielten den bisher eingenommenen Standpunkt aufrecht. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum sind für eine Verschiebung bis zum 1. Juni. Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten für Beibehaltung des 4. Mai als Wahltag. Der Ältestenrat wurde sich dahin einig, daß der heute in die Ferien gehende Landtag am 3. April zu einer Plenarsitzung zusammenberufen werden soll, um den Initiativantrag der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, der für die Gemeindewahlen den 1. Juni festlegen will, zu beraten.

Bestechungsprozeß Zeigner.

Bergner erklärt, daß er im Auftrage der Gattin Zeigners Brandt im Krankenhause aufgesucht habe, um ihn zur Zurücknahme seiner Anschuldigungen gegen Zeigner zu bewegen. Brandt habe jedoch davon nichts wissen wollen. Der junge Bergner wird nicht vereidigt.

Zeuge Universitätspedell Martin-Leipzig soll von seinem Kriegskameraden Weiner gehört haben, daß Zeigner sich erboten habe, gewisse Akten in Sachen Weiner, gegen den eine Strafsache schwebte, zu vernichten. Er kann sich jedoch auf nichts entsinnen, auch nicht, als er dem Zeugen Weiner gegenübergestellt wird. Zeuge Buchdruckereidirektor Seifert, der, gleich Martin und Weiner mit Zeigner zusammen beim Militär war, erklärt, daß Dr. Zeigner überall persönlich beliebt und ein äußerst gefälliger Kamerad gewesen sei. Hierauf wird der sechste Punkt der Anklage, der sich

gegen Möbius allein

richtet, besprochen. Ein Käsereibesitzer Schmidt aus Rohrbach habe Möbius ein Gnadengesuch gegeben und einen Tausendmarkschein beigelegt. Möbius will angenommen haben, daß das Geld für seine Bemühungen bestimmt sei. Von Zeigner sei dabei nicht die Rede gewesen. Der Zeuge Schmidt, der in dieser Sache vernommen wird, wird nicht vereidigt.

(Fünfter Tag.) r. Leipzig, 21. März.

In der heutigen Verhandlung wurde zunächst Dr. Zeigner über seine eigene Person und seine Neigungen befragt. Er ist organisierter Alkoholgegner, auch Nichtraucher und außerordentlich bedürfnislos. Seine einzigen Neigungen sind Bücher und Musik. Wenn er Geld in der Tasche hat, gibt er es für wohltätige Zwecke aus. Er hat als Justizminister mehrere Schwerverurteilte nach der Abbüßung ihrer Strafe untergebracht und sie mit Geldmitteln unterstützt. Verteidiger Rechtsanwalt Marschner-Leipzig hat einen Beweisantrag für den Leumund Dr. Zeigners gestellt und um Ladung einer Reihe neuer Zeugen gebeten.

In der Sache Weiner wird der Bürgermeister Naumann-Pegau vernommen. Er hat sich selbst gemeldet, um die Glaubwürdigkeit Weiners zu erhärten. Zeuge sagt aus, daß Weiner ein Freund des Alkohols und sehr rechthaberisch, aber wahrheitsliebend sei. Er berichtet, daß ihm Weiner von dem Angebot Dr. Zeigners, Weiners Akten zu vernichten, erzählt habe. Im Jahre 1921, nachdem Zeigner Justizminister geworden war, habe ihm Weiner nochmals davon erzählt. Er wollte dann diese Sache zur Sprache bringen und teilte sie einem demokratischen Abgeordneten mit; er hat dann aber nichts mehr davon gehört. Die Verteidigung stellt fest, daß die Mitteilungen, die Weiner damals dem Bürgermeister Naumann gegenüber gemacht hat, starke Widersprüche enthalten, da im Jahre 1920 das Verfahren gegen Weiner schon längst eingestellt war.

Der Zeuge Priborski wird vereidigt vernommen. Er ist Juwelier und war gemeinsam mit Friedrichsen zu Gefängnis verurteilt. Er soll, um begnadigt zu werden, Zeigner durch Geschenke bestochen haben, sagt aber, daß die Schmucksachen für Möbius, der die Begnadigung vermitteln wollte, bestimmt waren; er habe den Eindruck gehabt, daß Zeigner doch

Beilage zu Nr. 36 der „Brockauer Zeitung“.

Sonntag, den 23. März 1924.

Friderícus

Roman von Walter von Molo

Copyright by Albert Langen Verlag, München

17.] Nachdruck verboten.

Friedrich hatte die letzten Worte mit Leidenschaft gesprochen, mit stolzer, zwingender Heftigkeit, ebenso schnell war Dietzschaus Feder galoppiert. Sie sahen sich an: Brüder auf gleicher, dunkler Straße. „Zu meinem Testamentsvollstrecker ernenne ich . . . den Herzog von Braunschweig, der mich niemals verriet.“ Friedrich streckte die Hand nach der Feder; die Soldaten draußen liefen soviel sie konnten. Das Leibregiment, die Garde, trat an. Friedrich unterschrieb und datierte. Er faltete, mit schneller Bewegung, das Blatt zusammen; mit kurzem Fingerdruck und Fingerstrich schuf er die Büge, Dietzschau schoß vom Sitz empor. „Nun müssen wir siegeln,“ sagte Friedrich. Sie taten's; Friedrichs stöhnender Degenknopf diente als Petschaft. Glocken läuteten.

„Ich danke Ihnen, Herr von Dietzschau. Verzeihen Sie, wenn ich Sie per „Er“ und ähnlich tituliert habe, vielleicht sagt' ich auch einmal „du“: ich tutuliere immer falsch; Sie dürfen mir drum nicht böse sein! Sagen Sie mir jetzt, bitte, schnell Ihre letzten Wünsche!“ Beherrschend war Friedrichs Blick in den schwarzen, glimmenden Augen des Verurteilten.

„Lassen Sie mich jetzt sterben!“ stieß Dietzschau vor. „Sofort! Jetzt hab' ich den Auftrieb; ich will meine Frau nicht mehr sehen!“

„Ihr Wunsch, Herr von Dietzschau, ist Manneswunsch; er ist wert der Armee, die Sie desertierten. — Gaudi!“ rief Friedrich über die Schulter. Volladjustiert stand der Adjutant, mit flackernden Augen, in der heftig aufgerissenen Tür. „Ein Halbpeloton vollzieht sogleich den Urteilsspruch an Herrn von Dietzschau!“ Kein Zittern, kein Zagen durchrann Dietzschaus gehobene Seele. „Gleich hier im Hofe, damit Frau von Dietzschau nichts erfährt!“ Mit Anstand grüßte Friedrich. „Ich werde Ihre Frau nicht vergessen! Guten Tag, Herr Leutnant von Dietzschau.“ Der Offizier verneigte sich; sie traten ab. „Den Herrn Minister, Grafen von Finckenstein!“ befahl Friedrich; mit einem gierigen Zug trank er den Tee; die Linke warf das Brot nach rückwärts, wo schon die Biche lüstern stand. Kanonenräder dröhnten hinter galoppierenden Pferden vorbei. Matt trat Finckenstein ein, Trompeten gellten; Friedrich stellte klirrend die Tasse nieder.

„Lieber Freund, Sie sind blaß? Verzeihen Sie die frühe Störung, doch das Stück fängt bald an!“ — „Sie wagen die Schlacht? . . .“ — „Der Ochse ackert, der Soldat ficht, und ich, ich tanze Seil; hier ist mein Testament.“ Friedrich drehte den Kopf. „Eichel!“ rief er; er sprach zum bestürzten Finckenstein weiter, um nicht, bis Eichel kam, Zeit zu verlieren: „Nehmen Sie das Schriftstück in gute Verwahrung! Es wird im Ministerrat eröffnet, sobald mein Tod feststeht.“ Finckensteins Augen waren Entsetzen. „Gehaben Sie sich doch nicht so, Herr Graf!“ sprach Friedrich verweisend. „Wer in die Schlacht geht, muß sich vorsehen.“ Starr, von fröstelnder Pein geschüttelt, sah Finckenstein zum Glas voll des Königs Blut. Friedrich zog Finckenstein in die schützende Ecke der Ofenbank. „Ich habe Ihnen noch etwas zu sagen . . .“ Er brach ab, Eichel trat weinend ein. „Siehst du, Eichel,“ sagte Friedrich ernst wie zu einem Kinde. „Das hat Er jetzt von seinem ewigen Horchen!“ Er zeigte: „Dort! Binde Er die erledigten Aktenstücke zusammen, draußen, und geb' Er sie dem Herrn Minister in die Kutsche, die vorfahren soll. — Sie müssen mir den Gefallen tun, Finckenstein,“ sagte Friedrich, „das Zeug mitzunehmen; die Sachen eilen. — Eichel! Der Fredersdorf soll den Herrn von Catt wecken.“ Tödlich erschrocken riß es Eichel und Finckenstein zusammen: Eine Gewehrsalve krachte in allernächster Nähe; dicht hinter ihnen, im Hofe. „Geh' Er, Eichel!“ sprach Friedrich; zu Finckenstein: „Hören Sie!“ Friedrich nahm den zuckenden Minister, der sich mit aller Kraft gerade noch aufrecht hielt, beim Rockknopf. „Meine kritische Lage zwingt mich,“ sprach Friedrich, „allen Möglichkeiten ins Auge zu sehen. Geht mir die Schlacht verloren, so finden die obersten Gerichte, die Minister, der Staatsschatz und das Generaldirektorium, eskortiert von allen Heimgarnisonen, Zuflucht in Braunschweig. Wenn ich falle, wird die Armee sofort für meinen Neffen . . .“ Beschwörend sah Finckenstein den König an. „Jawohl!“ sprach Friedrich kurz, „für meinen Neffen in Eid genommen! Prinz Heinrich führt die Regentschaft, bis Wilhelms Sohn großjährig ist; hoffentlich gerät er besser als sein Vater. Setzen Sie sich,“ riet Friedrich, „wenn Ihnen schwach ist!“ Dem Minister stand der kalte Schweiß auf der Stirn. „Die Reise von gestern hat Sie scheinbar stark übermüdet?“

Vorm Fenster trugen vier Mann Dietzschaus Leiche vorbei; den Arm aufrichtend um die Schulter des niedergesunkenen Ministers geschlungen, dessen Kopf, ins Nichts starrend, vornüber hing, den ernsten Blick prüfend auf den draußen marschierenden Soldatenreihen, sprach Friedrich:

„In meiner Schreibtischlade zu Sanssouci finden Sie eine Schrift: meine „Gedanken über die Weltlage, über das heute und zukünftig Wichtige für Preußen“. Meine Nachfolger sollen mich, mein Schicksal und die dadurch gehobenen Erfahrungen nie vergessen; doch sie sollen alles vergessen, was, mit dem Fortschreiten der Zeit, von mir und meinem Werk nichtig wird.“ Biche spazierte zum Fenster; sie sprang auf die Bank und hob, nachdem sie die leere Teetasse ausgiebig beschnüffelt hatte, zu bequemerem Ausblick, die Vorderbeine aufs Fensterbrett: Vor dem Hause ritten Zietensche Totenkopfhusaren auf; Friedrichs Schlachtbedeckung. „Sollte ich lebend in Feindeshand fallne,“ sagte Friedrich im Hintergrund der Stube gedämpft, „so verbiete ich: jede, auch die geringste Rücksicht, auf meine Person zu nehmen! Dann kommandiert mein Bruder Heinrich; er versteht etwas, wenn er will! Es darf kein Lösegeld, geschweige Land, für mich geboten werden; der Krieg wird rücksichtslos, mit Beobachtung aller dem Lande günstigen Vorteile, fortgesetzt, bis die andern um Frieden bitten!“ Biche wedelte den Uniformierten vorm Fenster zu. „Ihre Kutsche, Graf, fährt vor!“ Friedrich griff in die Tasche. „Hier sind noch zwei Brillantknöpfe,“ sagte er, „die Sie auch zu Geld machen werden! Sollte der Staat bankerott werden, so sind alle Ringe, Schmuck und so weiter, alles Gold zu konfiszieren; der Staat ist die Gesamtheit; die Gesamtheit muß für den Staat sorgen, will sie für sich sorgen! Nehmen Sie sich, wenn ich es nicht mehr tun kann, der Kinder meiner toten Freunde Jordan und Keyserlingk an, damit sie ordentliche Menschen werden! Und behalten Sie mich lieb! Das ist alles! Adieu!“ Friedrich nickte verabschiedend und ging zum Tisch; er löschte die Kerzen. Feierlich zerfloß der Rauch.

„Es geht das Gerücht, Majestät . . . daß die Zarin . . .“

„Schwindel! Aber lassen Sie die, die's glauben, dabei!“ Friedrich suchte auf der Tischplatte herum. „Es war ein Scherz von mir.“

Mit hängendem Kopf, keines Wortes mehr mächtig, tappte Finckenstein zur Tür. „Graf Angsthuhn!“ rief Friedrich, den der mutlose Entfernungsschall seines Ministers ärgerte, „das geht nicht! Da draußen guckt jetzt jedes Auge auf Sie! So dürfen Sie nicht von mir gehen! Hier!“ Bei seitwärts gehobenen Armen machte Friedrich ein paar vorbildlich sichere Schritte. „Leichtigkeit, Graf Finckenstein!“ befahl er, „Scharlatanerie! Frechheit in die Mundwinkel! Spott und Arroganz in die Augen! Also!“ Mit aller Kraft raffte sich Finckenstein zusammen. „Eingetreten, Herr von Catt! Wobersnow!“ flog aufreißend, kampffreudig Friedrichs Wort an ihm vorbei zum Adjutanten, der in der geöffneten Tür sichtbar wurde: „Die Generale und Adjutanten sollen sich für mich parat halten!“ Mit eleganter, höflicher Wendung drehte sich Friedrich dem verwirrt eintretenden Vorleser zu:

„Herr von Catt,“ sprach Friedrich, sich die Hände reibend, „der Vorhang geht auf! Wenn der Kanonendonner sich entfernt, ist es ein gutes Zeichen, im andern Falle sehen Sie sich die Sache klüger mit dem Pferdeschwanz an! Es wird wüst!“ Friedrich verneigte sich. „Ich verabschiede mich hiermit von Ihnen, ich habe Sie sehr gern gehabt. Sie können über Ihre Zukunft beruhigt sein.“ Friedrich sah durchs Fenster, vor dem Finckenstein gebrochen in die Kutsche kroch. „Sollten Sie einmal durch Zufall ein Theater zu dirigieren haben, Herr von Catt,“ sprach Friedrich, „so rate ich Ihnen, Graf Finckenstein nicht als Akteur zu engagieren!“ Grüßend hob Friedrich dem bleichen Antlitz des Ministers, das noch einen Augenblick im Kutschenfenster sichtbar wurde, die Hand zu. Wild, mit wehendem Pelz, kam Zieten angaloppiert; er sprang wie ein Jüngling durch die wirbelnden Schneeflocken aus dem Sattel. „Nehmen Sie sich, lieber Herr von Catt,“ sprach Friedrich, „als Souvenir an heute nacht, Voltaires Briefe!“ Ernst sah Friedrich den Vorleser an. „Ich darf Sie wohl ersuchen, über diese Nacht, gegen jedermann, und jederzeit, tiefstes Stillschweigen zu bewahren? Nicht wahr?“ Catt verneigte sich. „Denken Sie manchmal an mich!“ Friedrich rief, zur Tür gewendet: „Fredersdorf! Eichel!“ Offizier auf Offizier sprengte draußen an; immer mächtiger scholl der Lärm der Armee in die Stube.

„Du nimmst, Fredersdorf, die Biche mit dir und sorgst dafür, daß sie stets ordentlich gefüttert wird; ist sie perdü, erhält sie ihr Erbbegräbnis zu Sanssouci, wie ihre Vorgängerinnen; das gleiche gilt für meine Reitpferde!“ Friedrich machte eine zeremonielle Verbeugung gegen den schweifwedelnden Hund, der ihn fragend ansah. „Meine Reverenz, Fräulein Biche!“ Mit raschem Griff reckte sich Friedrich; er stülpte den Dreispitz aufs Haupt. Hastig zog er, ruckweise, die Handschuhe an und schob, mit scharfem Stich, den Degen ins Gehenk. „Du sorgst dafür, Eichel, daß meine übrigen Habseligkeiten, die da herumliegen, noch geborgen werden!“ Friedrich schloß mit schnellen Bewegungen die Silberknöpfe des Rockes bis oben; der Krückstock hing ihm am Arm. „Die Dose!“ Fredersdorf lief um die Orden. „Die gib deinen Enkeln zum Spiel!“ Friedrich warf den Kopf zurück: „Ich lasse meine Generale und Adjutanten bitten!“

„Zu Befehl, Majestät.“

Polternd trat Anhalt-Dessau ein; Hüte abnehmend gnolis hinter ihm: Weiß, Blau, Rot, Gold, die kleine Stube jäh überfüllend. Holzschnittgesichter. Stahlklirrend, lederkreischend, wortlos.

An der Tischecke stehend, die Arme über der Brust verschränkt, musterte Friedrich die scheu zu ihm spähenden Gesichter, die sich gruppierten: Ernst, Zucht, Andacht, Mut, überall Vertrauen und Entschlossenheit . . . „Wissen Sie schon,“ sprach Anhalt-Dessau in Friedrichs Betrachtung hinein, den Degen drohend gerafft, „daß Glatz fiel?“

„Was Sie nicht sagen, Durchlaucht? Glatz?“

„Ein Offizier brachte vorhin die Hiobspost! Wo ist denn der Kerl? . . .“ Suchend drehte sich der drohende Riese im Kreis.

„Wir haben im Glatzer Offizier einen Kameraden mehr für die Bataille!“ Stiernackig, widerwillig in die Reihen der andern gezwungen, glotzte Moritz den König an: „Ist das wahr mit der Zarin, Majestät?“ — „Wo ist Hülsen?“ Füßescharren, verlegener ängstlicher Sporenklang, die harten Männerköpfe über dem buntscheckigen Schweigen bewegten sich scheu, fragend, einer zum andern. Von rückwärts kam Bewegung: Erhitzt trat General von Hülsen ein: „Ich bitte, in Zukunft pünktlich zu sein!“

„Ich hatte noch Ersatz zu schaffen, Majestät, für einen erkrankten Herrn.“ Friedrich griff, die Meldung zur Kenntnis nehmend, an den Dreispitz.

Schweigen, Grabesstille inmitten des Lärmens der ziehenden Armee.

„Meine Herren!“ sprach Friedrich langsam, jedes Wort mit Blut füllend, jäh die verschränkten Arme von der Brust sinken lassend, herrisch; das raketenartig aufflammende Leuchten seiner großglänzenden Augen riß aller Blicke bis ins Letzte in sein Antlitz. „Ich setzte hier unbegrenztes Vertrauen in Ihren Mut, in Ihre Standhaftigkeit und Vaterlandsliebe! Lassen Sie es mich heute einmal laut aussprechen: Es gibt kein Korps auf Erden wie das Ihre!“ Verzaubert, durch das unerwartete, unfaßbare Bekenntnis Friedrichs erschreckt, stand die Schar. „Mit innigster Rührung erkenne ich,“ sprach Friedrich, „Ihre dem Vaterland bisher geleisteten Dienste an. Ich weiß, daß Sie heute, da unser schwerster Gang zu gehen ist, nichts an dem ermangeln lassen werden, was ich für den Staat von Ihnen fordere und fordern muß!“ Mit eisernen Klammern hielt Friedrichs Augenpaar Anhalt-Dessau umfaßt: „Ich werde gegen alle Regeln der bisherigen Kriegskunst angreifen! Ich muß diesen Schritt wagen, oder es ist alles verloren! Ich werde mit Räson und Überlegung, doch unerschütterlich, bis zum Sieg oder Tod, handeln. Entweder: wir schlagen den Feind oder: seine Batterien begraben mich. Machen Sie diesen meinen Beschluß allen Subalternes und Offizieren bekannt! Ich fordere unbedingten Gehorsam! Gehorsam, wie er noch nicht da war! Wer anders denkt, kann sofort, ungekränkt, seinen Abschied bekommen; ich brauche heute durchaus Helden! Fürchtet sich einer, meine Herren: ich bitte inständig, daß jetzt jeder mit sich und mir völlig aufrichtig ist! Bis zum Letzten! Fürchtet sich einer, meine Herren, alle Gefahren mit mir zu teilen, und sie sind unerhört, wie noch nie! ich mache ihm nicht den geringsten Vorwurf! Bedenken Sie, daß selbst ein Sieg mir nur die Möglichkeit gibt, den russischen Horden, die unsere Heimat viehisch verheeren, entgegenzutreten, mehr nicht! um dann, vielleicht, die Franzosen wieder einmal zu schlagen!“ Blitz und Geißelhieb: „Wer verläßt mich?“

„Hurra für Friedrich!“ brüllte Moritz, heftig fuhr sein hochgerissener Hut Seydlitz ins Gesicht. „Ein Hundsfott, wer unseres Königs Größe verläßt! Hurra für Friedrich!“ „Sieg oder Tod!“ schrie die todgeweihte Schar; aller Augen zogen blank. „Sieg oder Tod für Friedrich!“

„Die Kavallerie,“ sprach Friedrich mit heller, federnd gehobener Stimme, macht keine Gefangenen! Die Infanterie hält ihr Feuer bis auf hundertfünfzig Schritte fest; sieht sie das Weiße in den Augen, dringt sie mit dem Bajonett ein! Prägen Sie sich jedes Wort ehern in die Seelen: Ich werfe dem Feind meinen linken Flügel und das Zentrum verweigern; ich greife mit dem heimlich verstärkten rechten Flügel den Ruinenberg an; meine Schlachtordnung ist schief, um Kräfte zu sparen, um meine Schwäche zu verdecken! Ich rolle den Feind auf, indem ich seinen linken Flügel in sein Zentrum und auf seinen rechten Flügel schmeiße! Meine Linke, General Seydlitz, appliert sich an die Kubitzer Teiche und den Zopter Bruch! Zieten umgeht, in geschützten Talsohlen, bei Wildsabel den Ruinenberg, um ihn, in der Flanke und von rückwärts, zu umklammern! Höre ich seine Kanonen, greife ich an. Die Generals von Seydlitz und von Lehmann halten sich, mit der Kavallerie und Infanterie, total passiv, bis ich Befehl sende, anzugreifen! Hülsen nimmt acht Bataillons ins Zentrum und greift, seine Passivität durch leere Tätigkeit maskierend, nicht an! Wohlgemerkt, Hülsen, Er greift nicht an! Treskow marschiert halbrechts, die andern, als erster Wartensleben, schließen gestaffelt an: Sie bleiben eng geschlossen, ohne jede Lücke! Niemand kehrt sich an das feindliche Schießen, bis mein Befehl kommt! Bloß General von Zieten greift sofort an! Haben mich die Herren verstanden? Ich will gerne noch einmal alles wiederholen! Es hängt heute alles von der minutiösesten Befolgung meiner Weisungen ab!“ Schweigen. Schwörende Augen. Umkrampfte Säbelkörbe. „Ich fahre fort: General von Puttkamer kommandiert die rechte Flügelkavallerie! Prinz von Anhalt-Dessau und Prinz von Braunschweig bleiben bei mir.“ Brausend vor Stolz zog Moritz die Luft ein. Friedrich hob den Arm: „Leben Sie wohl,“ sprach er mit rauchendem Atem, unerschütterlich wie das Schicksal, „entweder wird der Feind heute vernichtend geschlagen oder: Sie sehen mich nicht mehr!“ Schwörend standen die Herzen der Generale auf den narbichten Stirnen. „Zieten! Mach' Er seine Sache gut! Los!!“

Fortsetzung folgt.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Nun doch Wittig.** Der deutsche Dauerfahrer Karl Wittig hat sich in Begleitung seines Schrittmachers Gedamke nach Paris begeben, wo er am Sonntag auf der Buffalobahn nach zehnjähriger Unterbrechung die deutsch-französischen Beziehungen im Radsport wieder herstellen soll. Wittig trifft in einem Stundenrennen mit Weltmeister Paul Suter-Schweiz und den Franzosen Lavalade, Lejour, Caudal und Parisot zusammen. Da er kurze Zeit nicht auf dem Posten war, sollte Lewanow nach Paris gehen, doch hat sich das Befinden Wittigs so gebessert, daß er seinen Vertrag selbst erfüllen kann.

Sp. **Der amerikanische Rundflug um die Erde** ist bis jetzt nahe an die kanadische Grenze gelangt. Von drei Flugzeugen sind zwei gut angekommen, das dritte mußte unterwegs eine Notlandung vornehmen. Der englische Rundflug um die Erde wird den entgegengesetzten Weg, nämlich von Europa aus über Asien nach Amerika, einschlagen; er soll nächsten Dienstag beginnen.

Sp. **Ein französischer Rennfahrer in Berlin.** Auf der Radrennbahn Berlin-Treptow wird in diesen Tagen zum erstenmal seit dem Kriege ein französischer Rennfahrer starten: Jules Miquel, der bekannte französische Dauerfahrer, wird ein 60-Kilometer-Dauerfahren in drei Läufen bestreiten; seine Gegner sind Thomas (Breslau) und Wegmann (Schweiz). Der deutsche Dauerfahrer Wittig, der am gleichen Tage in Paris starten sollte, wird, da er erkrankt ist, dort durch Lewanow ersetzt werden.

Sp. **Dr. Lasker schlägt Aljechin.** Die dritte Runde des Newyorker Schachturniers brachte den Altmeister Dr. Lasker mit dem Führer der Jungen, Aljechin, zusammen. Obwohl Aljechin den Vorteil des Anzuges hatte, gelang es Lasker, ihn niederzuzwingen und damit seinen ersten Sieg zu verzeichnen. Bogoljubow errang einen Sieg gegen Marshall, Tartakower gewann gegen Yates. Dagegen konnte der Weltmeister Capablanca auch gegen Eduard Lasker den Sieg nicht erringen, sondern mußte sich, wie schon in den ersten beiden Runden mit Remis begnügen. Auch die Partie Reti gegen Maroczy ergab Remis. Frei war Janowski.

Werbt für die „Brockauer Zeitung“.

Sie ist bei aller Vielseitigkeit sehr preiswert, ersetzt bei dreimaligem Erscheinen jede größere Zeitung und sollte in keiner Familie fehlen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einem Erlaß des Oberpräsidenten Dr. Proske von Oberschlesien anläßlich des dritten Jahrestages der Abstimmung wird unentwegte Liebe und Treue der Schlesier zu Preußen und dem deutschen Vaterlande gelobt.

* Bei einem Einbruch in die fürstlichen Sammlungen zu Donaueschingen ist der fürstliche Familienschmuck, der einen hohen antiken und Geldwert hat, vollständig ausgeraubt worden. Als mutmaßliche Täter sind zwei Personen verhaftet worden.

* Aus dem Nahegebiet wandert eine größere Zahl von Separatisten nach Amerika aus.

* Der erste Teil des Schlußberichtes der Sachverständigen wird, falls die Reparationskommission davon Kenntnis genommen hat, sofort veröffentlicht.

* Der französische Ministerrat hat den 11. Mai als Termin für die Kammerwahlen angesetzt.

* Der Leiter des neuen türkischen Staates, Mustapha Kemal Pascha, hat alle fremden Gesandtschaften gebeten, von Konstantinopel nach Angora überzusiedeln.

* Die chinesische Regierung hat den russischen Sowjetgesandten Karachin in Peking ersucht, China zu verlassen, weil er das Auswärtige Amt in seinen Noten beleidigt habe.

* Die Reichsregierung hält im Gegensatz zu anderweitigen Meldungen die Verlängerung der Micumverträge über den 15. April hinaus für unmöglich.

* Reichspräsident Dr. Schacht verhandelt erneut in Paris über die Vorschläge der Sachverständigen.

* Zwischen Poincaré und Macdonald soll ein erneuter Briefaustausch mit Bezug auf die Reparationsfragen stattgefunden haben. Über den Inhalt wird Stillschweigen bewahrt.

* Der französische Senat hat sämtliche Steuerprojekte der Regierung angenommen.

* Nach einer Erklärung Macdonalds im englischen Unterhause hat die Regierung die Idee der Errichtung einer Flottenbasis in Singapore aufgegeben, um der Welt einen Beweis für ihren Willen zur Rüstungsverminderung zu liefern.

* Wie aus Tokio gemeldet wird, soll der Gesundheitszustand des Mikado seiner Umgebung lebhafte Besorgnis einflößen. Es heißt, daß der Mikado in fortschreitende geistige Umnachtung verfalle.

Neue Einkreisung.

Soeben werden geheime militärische Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bekannt, denen nichts anderes zugrunde liegt als die Idee, Vorwände zum gelegentlichen gemeinsamen Vormarsch gegen Deutschland zu schaffen.

Es ist eigentlich recht wenig bekannt, welch' außerordentlich starken Einfluß Herr Masaryk, der erste Präsident der neuen tschechoslowakischen Republik, auf die Entwicklung des Weltkrieges gehabt hat, wie er vor allem auf Wilson einen sehr bestimmenden Einfluß ausübte. Nicht umsonst hat man in Prag Herrn Wilson ein Denkmal errichtet; aber wie dieser amerikanische Präsident und Professor die österreichische Frage beurteilte, geht in der Hauptsache auf Masaryk zurück, der bei Ausbruch des Weltkrieges eiligst nach Paris fuhr. Das damals eingeleitete engere, schließlich ganz enge Verhältnis zwischen Frankreich und der späteren Tschechei führte dann Ende 1918 bereits zu einer ganzen Reihe militärisch-politischer Abmachungen, die vor allem die entsprechenden Operationen bei einer Verwirklichung des deutsch-österreichischen Anschlußgedankens an Deutschland vorsahen. Doch darüber hinaus verpflichtete sich Herr Benesch, der tschechische Ministerpräsident, auf einen Wink von Paris her gegen Deutschland zu marschieren, wenn dort „innere Unruhen" etwa „eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens" verursachen sollten. Das ist versteckt nichts anderes, als mit Waffengewalt die etwaige Wiedererrichtung der Hohenzollernmonarchie zu verhindern.

Es war, als nun im Januar 1924 ziemlich überraschend — nicht zuletzt für die Mitglieder der Kleinen Entente — ein französisch-tschechischer „Freundschafts- und Bündnisvertrag" abgeschlossen wurde, damals bereits durchgesickert, daß auch allerhand militärische Abmachungen getroffen worden waren. Was Herr Benesch natürlich unter tausend Eiden abschwor. Sie sind aber jetzt doch ans Tageslicht gekommen. Es ist sogar eine ganze Reihe von Protokollen und Verträgen militärischer Natur vereinbart worden, die alle dasselbe Ziel haben: gemeinsames militärisches Operieren gegen Deutschland. Da ist zunächst ein „Geheimprotokoll" vom Dezember 1923, das vor allem einen Hinzutritt von Jugoslawien und eine „Verbindung" mit Polen und Rumänien herbeizuführen wünscht, den Tschechen einen unbegrenzten französischen Rüstungskredit zur Verfügung stellt und einen Ausbau der tschechischen Armee unter französischer Oberleitung vorsieht. Dann ist ferner eine „Deklaration" zu jenem offiziellen Bündnisvertrag vom 25. Januar 1924 vorhanden, in der die Tschechei „bei einem (französischen) Kriege" mit Deutschland sofort zu Hilfe kommt und umgekehrt Frankreich der Tschechei dasselbe verspricht. Nicht etwa nur bei einem „Verteidigungs"krieg! Ebenso „treten beide Vertragsparteien bei einem Kriege Polens mit Deutschland an die Seite Polens", das damit jeden Augenblick über uns — mit Hilfe jener beiden — herfallen kann. Wenn Polen aber mit Rußland in Konflikt gerät, dann bleiben jene beiden — neutral. Deutlicher kann wirklich die Spitze des Bündnisses gegen Deutschland nicht ausgesprochen werden!

Will sich Deutschösterreich an Deutschland anschließen, so soll jeder Gedanke daran durch die Drohung der sofortigen Besetzung Österreichs erstickt werden, ebenso ist etwa die Rückkehr der Hohenzollern nach Deutschland für beide Mächte die Veranlassung zu kriegerischem Vorgehen, ebenso, wenn etwa Deutschland in einem russisch-polnischen Krieg die Sowjetrepublik unterstützen wolle. Pikant ist noch die Bestimmung, daß die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft von beiden Vertragsteilen „bekämpft" werden sollen.

Es war alles aufs schönste vereinbart; nun hoffte man auch Belgrad zu gewinnen, Benesch kam mit seinem jugoslawischen Kollegen Nintschitsch zusammen und legte ihm einen Konzeptvertrag, also einen Entwurf zum Beitritt zu jenem Bündnisvertrag vor. Natürlich erfolgte hierbei eine besondere Berücksichtigung der ungarischen Frage; man hatte als Hauptziel die absoluteste Aufrechterhaltung des staatlichen Zustandes in Mitteleuropa, wie er 1919 in den verschiedenen „Verträgen" geschaffen worden ist, im Auge. Unterstützung in einem „Verteidigungs"krieg gegen Deutschland wird auch von Jugoslawien verlangt. Nintschitsch hat aber abgelehnt, hat den Entwurf nicht unterschrieben.

Und schließlich hat Benesch noch das Wehrprogramm gebilligt, das ihm die französische Militärmission am 11. Dezember 1923 vorschlug und das ein bis ins Einzelnste ausgearbeiteter Rüstungsvorschlag ist. Nichts ist vergessen von den Tanks bis zu den Schreibmaschinen, von den schweren Kanonen bis zu den Schützengrabenöfen und Hufeisen, von dem strategischen Eisenbahn- und Straßenbau bis zu den Magazinen, von den Munitionsfabriken bis zu den Nägeln.

Diese Bündnisse sind ja von Paris aus „klingend" belohnt worden; ihre Veröffentlichung wird dort einen „schlechten Eindruck" machen; einen noch schlechteren werden sie aber wohl in London hervorrufen. Was Herrn Poincaré vermutlich sehr gleichgültig sein wird. Denn alles, alles dies geschieht ja selbstverständlich nur zur „Aufrechterhaltung des Friedens in Europa", nicht etwa, wie die bösen Deutschen meinen werden, zur Einkreisung Deutschlands. Denn wenn Napoleon III. einst gesagt hat, „das Kaiserreich sei der Friede", so ist's Poincarés Reich noch viel mehr.

*

Die amtierenden Beamten der Tschechoslowakei in Berlin erklären zu den Enthüllungen, es handle sich wahrscheinlich um Fälschungen. Gegen solche Erklärungen besteht aber ein berechtigtes Mißtrauen, denn es ist ein selbstverständliches und immer wieder angewandtes Mittel der Diplomatie, unbequeme Veröffentlichungen als „gefälscht" und „jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend" zu bezeichnen.

Das rechte Rheinufer — Frankreichs Schlachtfeld.

Drei Armeekorps im Rheinland.

Mit welchen weit ausschauenden Kriegsplänen sich die augenblicklichen französischen Machthaber beschäftigen, geht aus einer Unterhaltung in der französischen Kammer über den Gesetzentwurf hervor, der die Organisation des Heeres betrifft.

Das Heer, das Frankreich unterhält, solle in 32 Divisionen eingeteilt sein. Dazu kommen Spezialtruppen, wie Artillerie, Luftgeschwader, Kampfgeschwader und die allgemeine Reserve. Das Heer soll in 16 Armeekorps eingeteilt sein. Sechs Divisionen (drei Armeekorps) unter drei Armeekorpskommandanten werden im Rheinland garnisoniert werden, der Rest wird im Innern Frankreichs auf 13 Armeekorps verteilt. Die Grenzarmee hat den Zweck, Frankreich ein „Friedensheer" zu geben, durch das es imstand gesetzt werde, jederzeit eine starke Schlachtfront auf dem rechten Rheinufer herzustellen.

Das ist allein das stehende Heer, dazu kommt bei einer Mobilisation die ungeheure Reservearmee. Und bei einer solchen Armee und solchen Plänen, auf dem rechten Rheinufer, also jenseits des jetzt okkupierten Gebietes, Schlachtfronten zu bilden, wagen Poincaré und seine Anhänger vom „friedlichen" Frankreich zu reden.

Kredit für die Golddiskontbank.

Fünf Millionen Pfund aus England.

Die Bank von England hat der neuen deutschen Golddiskontbank einen Kredit in Höhe von fünf Millionen Pfund Sterling eröffnet. Es handelt sich um die erste Einzahlung, die der Reichsbank gegeben wird, um ihren Anteil an das neue Institut zu zahlen.

Diese fünf Millionen Pfund werden nicht der Golddiskontbank direkt, sondern der Reichsbank zur Verfügung gestellt, um von dieser zur Zeichnung und Einzahlung ihres Kapitalanteils an der Golddiskontbank verwendet zu werden. Die weiteren englischen Beteiligungen an diesem vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht begründeten Unternehmen bestehen gleichfalls in der Gewährung eines Kredites von fünf Millionen Pfund und von Diskontkrediten, doch ist hierbei der Geldgeber nicht die Bank von England, sondern die Gruppe der Privatbanken.

Eine Milliarde Goldmark Kredit.

Deutschland erhält das Geld, wenn Frankreich die Ruhr räumt.

Nach den letzten Meinungsäußerungen aus Amerika sollen die Sachverständigenarbeiten in Paris günstige Aussichten für das Zustandekommen der Anleihe für Deutschland ergeben. Frankreich sei geneigt, die Vorschläge der Sachverständigen anzunehmen. Die Pläne seien:

Genaue Kontrolle über Kapital und Reserven der internationalen Goldwährungsbank. Eine Reihe von internationalen Anleihen auf deutsche Eisenbahnen und andere Objekte. Pfandgewährung durch die deutsche Industrie und Landwirtschaft, die mindestens einen Goldwert von zehn Milliarden darstellten. Unter diesen Bedingungen sei beabsichtigt, eine Anleihe von einer Milliarde Goldmark für Deutschland hauptsächlich in Amerika aufzulegen, von der Frankreich und Belgien einen erheblichen Teil erhalten würden.

Daraufhin würde Frankreich aufgefordert werden, die Ruhr zu verlassen, da ihm ja der Hauptanteil der Anleihe zufließe. Nur unter dieser Voraussetzung habe Amerika sich zur Stützung des Frank verstanden. In Newyork wird betont, Frankreich wäre gezwungen, jedes den Finanzleuten gegebene Versprechen auch zu halten. Dieselben Kreise, die dem Frank so schnell wieder auf die Beine geholfen haben, können ebenso schnell dem Kredit Frankreichs einen schweren Schlag versetzen, indem sie das französische Gold in einem für Frankreich ungünstigen Augenblick aus dem Lande zögen.

Um die Beamtengehälter.

Neue Vorschläge der Regierung.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit der Frage der Beamtenbesoldungen, über deren Erhöhung seit einiger Zeit verhandelt wird. Ein Regierungsvertreter legte die neuausgearbeiteten Vorschläge des Ministeriums dar.

Die Grundgehälter der Beamten sollen um 13 % **erhöht werden, während** der frühere Vorschlag der Regierung nur 10 % enthielt. Ferner sollen die **Ortszuschläge erhöht werden auf** 80 % von drei Vierteln der früheren Wohnungsgelder, die im Frieden gezahlt wurden. Endlich sollen die **sozialen Beihilfen** ebenfalls erhöht werden, und zwar die Kinderzuschläge auf 13, 15 und 17 Mark, die Frauenzulage von 7 auf 8 Mark monatlich.

Die anwesenden Vertreter der Länder konnten in der Sitzung noch keine Entscheidung treffen, da sie erst von ihren Regierungen Weisungen einholen müßten.

*

Einspruchsrecht bei Entlassungen.

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst oder die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf Grund der Personalabbauverordnung den Beamten grundsätzlich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für bereits durchgeführte Entlassungen gelten, soll aber nur Beamten und nicht Angestellten zustehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

20 % mehr Gehalt für Beamte.

Das Reichskabinett hat die Erhöhung der Beamtengrundgehälter auf 13 % festgesetzt. Dazu tritt eine Erhöhung der Familienzuschläge von 2 Mark für die Frau und 2 Mark für jedes Kind. Der Ortszuschlag wird auf „80 % von drei Viertel", also auf 60 % des ehemaligen Wohnungsgeldes, erhöht. Insgesamt beträgt die Erhöhung, die vom 1. April an in Kraft tritt, 20 %. Sie geht also über die bisher genannten Ziffern hinaus.

Versammlungen unter freiem Himmel.

Nach amtlicher Mitteilung sind in Preußen Gesuche um Genehmigung von Veranstaltungen unter freiem Himmel nicht dem Ministerium des Innern direkt, sondern der zuständigen Ortspolizeibehörde zur Weitergabe einzureichen. Umzüge werden grundsätzlich nicht, und Versammlungen unter freiem Himmel nur dann genehmigt, wenn sie politisch unbedenklich und als im allgemeinen Interesse wünschenswert zu beirachten sind. Für jeden Antrag werden Gebühren erhoben.

Konkordat Vatikan-Bayern.

Das Konkordat zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl ist zum Abschluß gekommen. Nuntius Pacelli befindet sich in Berlin und hatte eine eingehende Aussprache mit dem Reichskanzler. Ein Protokoll soll unterzeichnet worden sein, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen in allen Punkten mit der Reichsverfassung im Einklang stehen.

Hochverratsuntersuchung gegen Graefe-Goldebee.

Der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig hat gegen den deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe-Goldebee im Zusammenhang mit den Münchener November-Ereignissen die Voruntersuchung wegen Hochverrats eröffnet.

Gefängnisstrafen bei nicht genehmigten Funkanlagen.

Eine soeben erlassene Verordnung des Reichspräsidenten sieht strenge Strafen für alle jene vor, die ohne Genehmigung eine Funkanlage errichten oder betreiben. Wer dies tut oder auch nur versucht, hat Gefängnis zu gewärtigen. Reuige Sünder bleiben straflos, wenn sie bis zum 15. April ihre Funkanlage bei der Reichstelegraphenverwaltung zur Genehmigung anmelden.

Mecklenburgs neue Regierung.

Wie schon vorausgesagt wurde, wählte der Landtag zum Ministerpräsidenten und Innenminister mit 37 Stimmen Herrn v. Brandenstein, zum Finanz- und Landwirtschaftsminister Amtsgerichtsrat Dr. Dietrich von Oertzen, zum Kultus- und Justizminister Pastor lic. Stammer. Die beiden ersteren sind deutschnational, der letztere gehört der Deutschen Volkspartei an.

Bayerisches Volksbegehren.

Nachdem der Antrag der Bayerischen Volkspartei über Volksbegehren im Landtag nicht die notwendige parlamentarische Mehrheit gefunden hatte, hat die Staatsregierung eine Bekanntmachung erlassen, die die abgelehnten Volksbegehren der Volksentscheidung unterbreitet, die zusammen mit den Landtagswahlen am 6. April 1924 vorgenommen wird. Es handelt sich bekanntlich um die Umgestaltung der bayerischen Verfassung.

Eine Rede Hergts.

In der Hauptversammlung des ostsächsischen Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei in Freiburg i. Sa. hielt der Parteivorsitzende Staatsminister a. D. Hergt eine Rede, in der er u. a. ausführte: Solange noch Leute der Sozialdemokraten als Reichspräsident oder in deutschen Regierungen säßen, wäre kein Wiederaufstieg möglich. Das deutsche Volk habe einmal unter der Regierung Cuno eine Gelegenheit gehabt, aktive Außenpolitik zu treiben. Der passive Widerstand hätte damals bis zum aktiven Widerstand, und wenn nötig, bis zur Offensive ausgedehnt werden müssen. In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner zu verstehen, daß er mit dem Zustandekommen einer Rechtsregierung rechne.

Beamtenbezüge in der Kündigungszeit.

Der Reichstagsausschuß zur Überwachung der Durchführung des Personalabbaues stellte fest, daß die für die Kündigungsfrist einem abzubauenden Beamten, Angestellten oder Arbeiter zustehenden Bezüge auf die nach der Personalabbauverordnung zu gewährende Abfindungssumme nicht angerechnet werden dürfen, auch wenn die Verwaltung auf die Dienstleistung während der Kündigung verzichtet.

Maßnahmen der Thüringischen Regierung.

Das Staatsministerium hat im Prinzip beschlossen, den von der alten Regierung geforderten Beamtenrevers, der die genaue Angabe über die Zugehörigkeit der Beamten zu verbotenen Vereinen usw. fordert, aufzuheben, da er verfassungswidrig sei. Die Vorsitzenden der Beamtenverbände Thüringens sind verständigt worden.

Neuorganisation bei der Reichsbahn.

Der Organisationsausschuß im Reichsverkehrsministerium trat zu einer Sitzung zusammen, in der über die Richtlinien zur Erweiterung der Befugnisse der Dienststellen der Reichsbahn beraten wurde. Allgemein wurde befürwortet, die Befugnisse der Ämter und Dienststellen zu erweitern. Der Ausschuß erblickte in den vorgelegten Richtlinien eine geeignete Grundlage, die Verantwortungs- und Dienstfreudigkeit des Personals der Reichsbahn zu stärken.

Erhöhung der Militärrenten.

Zum 1. April soll eine allgemeine Erhöhung der Renten und Zusatzrenten um 20 % stattfinden. Daneben werden für das besetzte und das Randgebiet des Westens in mehreren Orten besondere örtliche Überteuerungszuschüsse gewährt, die 10, 17 und 25 % betragen. Die bisherige Besatzungszulage kommt in Fortfall. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten weist darauf hin, daß die Erhöhung durch die zu erwartenden Mietssteigerungen fast vollständig aufgewogen wird.

Nordamerika.

× **Revolution in Honduras.** Die Hauptstadt der Republik Honduras, Tegucigalpa, wurde nach einer heißen Schlacht von den Streitkräften der Rebellen unter dem General Tiburcio Carias besetzt. Amerikanische Truppen sind jetzt an der Küste gelandet worden und werden in aller Eile nach der Hauptstadt entsandt, um das Leben der Amerikaner zu schützen. Die Aufständischen sollen Angriffe auf die amerikanische Gesandtschaft gemacht haben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat Strafantrag gegen die Deutsche Tageszeitung wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, weil sie ihn als „einen der Organisatoren des verderblichen und wahnwitzigen Munitionsarbeiterstreiks von 1918" bezeichnet hat.

Berlin. Die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes hält vom 22. bis zum 24. März in Berlin einen außerordentlichen Parteitag ab.

Paris. Die Reparationskommission setzte die deutschen Kohlenzwangslieferungen für April wiederum wie bisher auf 1,8 Millionen Tonnen fest.

Berlin. Der frühere deutsche Kronprinz ist aus Oels zu kurzem Besuch bei seinem Bruder August Wilhelm in Potsdam eingetroffen. Daraus entstandene Gerüchte von einer dauernden Übersiedlung nach Potsdam werden als unrichtig bezeichnet.

Köln. Der Kirchliche Anzeiger für die Erzdiözese Köln bestätigt den Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz, nach dem Katholiken, die sich weigern, aus den freien Gewerkschaften auszutreten, die Exkommunikation angedroht wird.

Brüssel. Der zum drittenmal wiedergekehrte Ministerpräsident Theunis verkündete in seiner Antrittsrede, die Politik der Regierung werde das Festhalten an den bisherigen Richtlinien sein.

Vermischte Drahtnachrichten.

Kredite für die Landwirtschaft.

Berlin, 20. März. Die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Gewährung von Krediten an die Landwirtschaft war der Gegenstand einer Besprechung, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, mit Vertretern des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbandes der Raiffeisengenossenschaften gehabt hat. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung, daß es der vertrauensvollen Zusammenarbeit des Ministeriums mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften gelingen müsse, die großen Kreditschwierigkeiten für die Landwirtschaft zu erleichtern.

Keine Verlegung der Eisenbahndirektion.

Berlin, 20. März. In der Öffentlichkeit sind mehrfach Gerüchte aufgetaucht, daß die Verlegung von Eisenbahndirektionen nach anderen Städten bevorstehe (z. B. der von Halle nach Leipzig u. a.). Wie man von zuständiger Seite erfährt, sind diese Gerüchte grundlos, da eine Verlegung weder bevorstehe noch erwogen worden sei.

Landbundforderungen zur Kohlenwirtschaft.

Magdeburg, 30. März. Der Landbund der Provinz Sachsen hat in einem ausführlichen Schreiben an den Reichskohlenkommissar folgende Forderungen gestellt: 1. Sofortige Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft, 2. Angleichung der Kohlenpreise an die Friedenspreise, 3. Aufhebung der Notverordnung über die Erhöhung von Preisen für Lieferung von elektrischen Arbeiten, Gas und Leitungswasser vom 29. September 1923.

Musikerstreik in Hamburg.

Hamburg, 20. März. Die Kaffee- und Ballhausmusiker sind heute infolge Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Deutsch-polnische Abmachung über Klagefrist verlängert.

Berlin, 19. März. Der deutsch-polnische gemischte Schiedsgerichtshof hat die in der deutsch-polnischen Prozeßverordnung für Einreichung von Klagen vorgesehene Generalfrist bis zum 1. Oktober 1924 verlängert.

Die Landwirtschaft gegen die Sommerzeit.

Berlin, 19. März. Zu dem Antrage der preußischen Regierung auf Einführung der Sommerzeit, der von der Reichsregierung in Verhandlungen mit den Ländern wohlwollend geprüft ist, war offiziös mitgeteilt worden, daß mit der Einführung der Sommerzeit zu rechnen ist, falls die Landwirtschaft ihre bisherigen Bedenken fallen läßt. Wie man von maßgebender landwirtschaftlicher Seite erfährt, erhält die Landwirtschaft ihre Bedenken in vollem Umfange aufrecht.

Die bevorstehende Kantfeier.

Königsberg, 19. März. Zur Gedächtnisfeier für Imanuel Kant, zu der von Universität und Stadt Königsberg für die Tage vom 19. bis 23. April Einladungen ergangen sind, sind bereits Vertreter fast aller deutschen Universitäten und Akademien sowie der schwedischen Universitäten Lund, Upsala und Gotenburg, ferner von Helsingfors und Abo in Finnland, von Kopenhagen und Oxford und selbst von Amerika angemeldet.

Der Reichskanzler in Wien.

Wien, 19. März. In einer Unterredung sagte der in Wien eingetroffene deutsche Reichskanzler Dr. Marx, seine Reise nach Wien verfolge keinerlei politische Zwecke, und sie gehe vor allem nicht aus irgendwelchen Absichten hervor, Änderungen der Friedensverträge anzubahnen oder gegen die Bestimmungen dieser Verträge zu demonstrieren. Der Besuch sei ein rein freundschaftlicher und erfolge lediglich, um den früheren Besuch zu erwidern, den Bundeskanzler Seipel in Berlin abgestattet habe. Auch aus der Tatsache, daß Außenminister Stresemann mitgekommen, seien keine politischen Folgerungen zu ziehen.

Schwere Explosion bei Mährisch-Ostrau.

Mährisch-Ostrau, 19. März. Im Lager der Explosivstoffe der Firma Eruptiva früher Dynamit-Nobel in Hermanitz erfolgte eine Explosion. Vier Arbeiter, welche die Explosivstoffe verluden, wurden getötet, das ganze Magazin vollständig zertrümmert. Das Haus des Lagerverwalters stürzte ein. Aus den Trümmern wurden der Verwalter und seine Frau schwer verletzt herausgeholt; ihr Dienstmädchen ist vor Schreck irrsinnig geworden. In der Arbeiterkolonie wurden durch den Luftdruck die Häuser abgedeckt, die Gebäude beschädigt und viele Personen verletzt.

Die russisch-chinesischen Beziehungen.

Moskau, 19. März. Das chinesische Kabinett hat das Abkommen mit der Sowjetunion über die ostchinesische Bahn und die Mongolei bestätigt.

Ein französischer Spion.

z. Leipzig, 20. März.

Vor dem Reichsgericht begann heute der Prozeß gegen den der Spionage bezichtigten französischen Hauptmann Pendaries d'Armont. Mehrere Personen, die in diesem Prozeß als Zeugen auftreten, sind vor einigen Tagen wegen Spionage zu Zuchthaus verurteilt worden. Hauptmann d'Armont, der 36 Jahre alt ist und ziemlich gut deutsch spricht, wird beschuldigt, in den Jahren 1922 und 1923 von Deutschland aus einer ausländischen Macht Spionagedienste geleistet zu haben.

Hauptmann Tschunke vom Reichswehrministerium bekundet, daß das Reichswehrministerium bereits seit dem Mai 1921 von der Tätigkeit d'Armonts Kenntnis gehabt habe. Der Angeklagte verweigert jede Aussage zu der Anklage. Durch die Zeugenvernehmung wurde jedoch die Spionagetätigkeit im einzelnen beleuchtet.. Zeuge Bienz, der wegen Spionage zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hatte im Auftrage d'Armonts versucht, Nachrichten über die württembergischen Truppenteile der Reichswehr zu erhalten. Nach Möglichkeit sollte er Offiziere aushorchen. Er sei auf den Gedanken gekommen, sich als Beauftragten der Friedensliga auszugeben und habe diesen Gedanken auch dem Hauptmann d'Armont mitgeteilt, worauf dieser anscheinend auch andere Agenten veranlaßt hat, sich diese Eigenschaft beizulegen. Im ganzen hat Bienz 61 Berichte nach Basel, wo sich die Spionagezentrale befand, gebracht. Er hat auch bestimmte Aufträge von d'Armont erhalten, die er nach Möglichkeit auszuführen versuchte.

Der Zeuge Rudolf Senftle aus Lörrach-Baden, der wegen Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, stand seit dem Mai 1922 in Beziehungen zu d'Armont und hatte von ihm den Auftrag erhalten, in Konstanz die militärischen Verhältnisse zu erkunden und ihm besonders Tagesbefehle, Befehle über Übungen usw. zu besorgen.

Schlechte Anleiheaussichten.

Wenig Hoffnung in England.

London, 20. März.

In Londoner diplomatischen Kreisen folgt man der Entwicklung der Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen mit recht gemischten Gefühlen, da man immer mehr den Eindruck gewinnt, daß die Sachverständigen stark unter den Einfluß der Reparationskommission geraten sind. Bezeichnend ist ein Artikel des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph", der offen ausspricht, daß die wahrscheinlichen Ergebnisse der Sachverständigen zu keinerlei besonderen Hoffnungen berechtigen.

Englische Kreise glaubten vielfach nicht mehr daran, daß es zu einer Regelung mit Deutschland auf Grund der Sachverständigengutachten kommen werde. Der französische Widerstand verstärke sich offensichtlich. Man fordert englisch-französische Besprechungen vor jedem Vorschlag an Deutschland.

Benesch über das Geheimabkommen.

Berliner Meinungen.

Prag, 19. März.

Der Abgeordnete Professor Hafka richtete im Auswärtigen Ausschuß eine Anfrage an den Außenminister Dr. Benesch wegen der Veröffentlichung über die geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Dr. Benesch beantwortete die Anfrage, indem er behauptete, es handle sich um Fälschungen. Was der Zweck der Ausstreuungen sei, könne man nur ahnen. Er wisse aber nicht, wer Streit und Mißhelligkeiten suche.

Berlin, 19. März.

Zu der Veröffentlichung der geheimen Abkommen zwischen der französischen und tschechoslowakischen Regierung wird an hiesiger zuständiger Stelle erklärt, daß eine Äußerung dazu unmöglich erscheine, da das Auswärtige Amt keine amtliche Kenntnis über die Geheimabkommen besitze. In politischen Kreisen allerdings erklärt man, daß äußere und innere Gründe für die Echtheit der Dokumente sprächen. Aus dieser Tatsache könne auch das mittlerweile in Paris bereits erfolgte Dementi ebensowenig etwas ändern, wie ein Dementi der Prager Regierung.

Die unrechtmäßige Ruhrbesetzung.

Erklärungen Macdonalds.

Im englischen Unterhause fragte ein Mitglied, welcher Teil der Einkünfte, die Frankreich jetzt aus dem Ruhrgebiet erhalten, an England ausgezahlt werden würde. Premierminister Macdonald erwiderte, die Regierungen Frankreichs und Belgiens hätten keinerlei Bericht erstattet, weder über die von ihnen im Ruhrgebiet unternommenen Operationen noch über die finanziellen Ergebnisse dieser Operationen. Er höre, die Regierungen Frankreichs und Belgiens verträten die Ansicht, daß die in Frage kommenden Operationen rechtmäßige Maßnahmen zur Einsammlung von Beträgen seien, die Deutschland schulde. Die britische Regierung habe ein Anrecht auf 22 % der deutschen Beträge. Die Behauptungen der Regierungen Frankreichs und Belgiens mit Bezug auf die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen und ihr Recht, die Kosten dieser Maßnahmen vom Werte deutschen Einkommens und deutscher Einkünfte, von denen sie Besitz ergriffen hätten, einzuziehen, würden von der britischen Regierung nicht anerkannt, und bis zur vollen Erwägung der gesamten Frage durch die Reparationskommission und der am Friedensvertrage beteiligten Mächte könne keine endgültige Regelung erzielt werden.

Preußischer Landtag.

(305. Sitzung.) tt. Berlin, 19. März.

Das Haus geht an die 2. Beratung des Entwurfs über die

preußische Kirchenverfassung.

Der Ausschuß hat sich für Annahme der Vorlage ausgesprochen und beantragt, der Landtag wolle Kenntnis nehmen, daß die verfassunggebende Versammlung der evangelischen Landeskirche der älteren preußischen Provinzen die einzelnen Bekenntnisschriften deshalb in den Vorspruch der Verfassungsurkunde aufgenommen habe, um dadurch die Gleichheit dieser Landeskirchen mit der neuverfaßten Evangelischen Kirche der altpreußischen Union klarzustellen. Der Vorspruch solle nicht als ein Teil der Verfassungsbestimmungen selbst betrachtet und insbesondere nicht als lehrgesetzlich bindend angesehen werden.

Nach längerer Aussprache wird in namentlicher Abstimmung ein demokratischer Antrag, dem Vorspruch die lehrgesetzliche Bedeutung zu geben, und das im Gesetz festzulegen, mit 154 gegen 120 Stimmen abgelehnt und Artikel I in der Ausschußfassung angenommen.

(306. Sitzung.) tt. Berlin, 20. März.

Die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirchen Preußens wurde in der Ausschußfassung mit der Entschließung über den Vorspruch in zweiter und dritter Lesung mit den bürgerlichen Stimmen angenommen.

Der Platz des Vizepräsidenten des Hauses, des Zentrumsabgeordneten Dr. **Porsch** war heute aus Anlaß seines 40jährigen Parlamentsjubiläums mit einem Blumenstrauß geschmückt. Präsident Leinert beglückwünschte den Jubilar in einer herzlichen Ansprache. Abg. Dr. **Porsch** dankte für die Worte des Präsidenten und für die freundliche Zustimmung des Hauses. Er erklärte, er werde, solange er dazu imstande sei, gern im Dienste des Vaterlandes weiter arbeiten.

Termin für die Gemeindewahlen.

Der erwartete Initiativantrag zur Verschiebung der Gemeindewahlen ist eingegangen, und zwar als Urantrag des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Der auf den 4. Mai gesetzlich festgelegte Termin soll in „1. Juni 1924" umgeändert werden. — Bei Fortsetzung der zweiten Beratung des Ausführungsgesetzes zum

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz

wird nach dem schon verabschiedeten § 1 der § 2 über die Bezirksabgrenzung, wonach für jeden Stadt- und für jeden Landkreis ein Jugendamt zu errichten ist, unverändert in der Ausschußfassung angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Das Gesetz soll am 1. April 1924 in Kraft treten. In der sofort sich anschließenden dritten Lesung bestätigt das Haus durchweg die Beschlüsse zweiter Beratung. In der Schlußabstimmung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten genehmigt. Das Haus tritt ein in die erste Beratung des vom Staatsrat vorgeschlagenen Entwurfes zur Änderung des Gesetzes über die

Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.

Abg. Dr. **Kaufhold** (Deutschnat.) verlangt volle Klärung in dieser Frage und endliche Beruhigung in den Interessentenkreisen, die vom Landtag am 1. Februar beschlossene Notverordnung habe die Klärung nicht geschaffen.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

✝ **Die Wahlen im besetzten Gebiet.** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. März, nach der die Hauptwahlen zum Reichstage am 4. Mai stattfinden, im besetzten Gebiet zugelassen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die für die Vorbereitung der Wahlen notwendige Versammlungsfreiheit wiederhergestellt wird. Es sind diplomatische Verhandlungen eingeleitet worden, die noch schweben.

✝ **D. Mumm deutschnationaler Spitzenkandidat.** Die Deutschnationale Volkspartei Westfalen-Süd hat in Hagen in Westf. für die kommende Reichstagswahl als Spitzenkandidaten D. Reinhard Mumm aufgestellt.

✝ **Deutschnationale Spitzenkandidatur in Hamburg.** Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Hamburg, hat als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl Direktor Gok von der Werft von Blohm und Voß aufgestellt. Bisher wurde angenommen, daß Dr. Helfferich an der ersten Stelle stehen würde.

✝ **Übertritt von der Volkspartei zu den Deutschnationalen.** Der aus der Deutschen Volkspartei ausgetretene Abg. Wiedemann-Spandau, Gewerkschaftsvorsitzender aus Siemensstadt, ist nach einstimmigem Beschluß der Fraktion in die Deutschnationale Volkspartei aufgenommen worden.

✝ **Reichsliste der Deutschen Volkspartei.** Auf die Reichsliste der Deutschen Volkspartei sind von bekannten bisherigen Abgeordneten u. a. gesetzt worden: Außenminister Stresemann, Prof. Kahl, Frau Mende und Hugo Stinnes.

✝ **Gegen die „Nationalliberale Vereinigung".** Der geschäftsführende Ausschuß der Ortsgruppe Dortmund der Deutschen Volkspartei erläßt eine Erklärung, die besagt, daß die Gründung der Nationalliberalen Vereinigung innerhalb der Partei im Widerspruch mit den Satzungen der Volkspartei stehe. Die Nationalliberale Vereinigung müsse von den oberen Parteiinstanzen aufgelöst und widerstrebende Mitglieder ausgeschlossen werden. — Die Nationalliberale Vereinigung hatte in Dortmund als Spitzenkandidaten die bisherigen Reichstagsabgeordneten Winnefeld und Generaldirektor Vögler aufgestellt.

✝ **Graf Reventlow,** der bekannte Publizist, ist Spitzenkandidat der Deutschvölkischen in Schleswig.

✝ **Dr. Oberfohren-Kiel,** bisher schon Reichstagsabgeordneter, wurde von der Deutschnationalen Volkspartei als Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein benannt.

✝ **Sozialdemokratische Liste in Magdeburg-Anhalt.** Auf der vom Bezirkstag angenommenen Wahlliste steht an erster Stelle der frühere Reichskanzler Gustav Bauer, an dritter Stelle ist der bisherige Abgeordnete Dittmann genannt.

✝ **Deutschnationale Spitzenkandidaten** sind für den 18. Wahlkreis (Hannover-Braunschweig) Handelskammersyndikus Wienbeck-Hannover, der zweite Dr. Mans-Braunschweig. — Deutschnationale Spitzenkadidaten für den 11. Wahlbezirk sind Schiele-Schollene, Rieseberg, Dmprediger Martin und v. Alvensleben-Neugattersleben.

✝ **Übertritt zu den Deutschvölkischen.** Der bisherige Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Stettin, Professor Egenolff ist zu dem neugegründeten deutschvölkischen Wahlverband Pommern übergetreten. Der Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Baden, Herr v. Schilling, ist ebenfalls aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten und hat die Geschäftsführung der deutschvölkischen „Deutschen Partei" für Baden und Hessen übernommen.

✝ **Für die Deutschvölkischen** kandidiert im ostpreußischen Wahlkreis an erster Stelle Herr v. Ramin.

✝ **Die Deutsche Volkspartei in Thüringen** hat zu der Nationalliberalen Vereinigung in einer Kundgebung Stellung genommen, die besagt, daß sie die neue Gruppenbildung ablehne.

✝ **Das Zentrum** stellt für Baden auf 1. den früheren Reichskanzler Fehrenbach, 2. den früheren Reichskanzler Dr. Wirth.

✝ **Zentrumsbeschluß gegen Blockbildung.** Auf einem Vertretertag der Zentrumspartei Aachen-Land wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß man jede Blockbildung bei den bevorstehenden Wahlen grundsätzlich ablehne. Sämtliche Organisationen sollen selbständig vorgehen.

✝ **Verlegung des Zentrums-Preußentages.** Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages teilt mit, daß der Preußentag, der in Fulda stattfinden sollte, wegen der Wahlvorbereitungen auf den Herbst verlegt wird.

✝ **Kandidatur Dißmann.** Die sozialdemokratische Partei Frankfurts a. M. hat als Spitzenkandidaten den Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes Robert Dißmann für die Reichstagswahlen aufgestellt.

Die Vermögenssteuer 1924.

(Von einem Steuersachmann.)

In der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 werden die Steuererklärungen für die Vermögenssteuer eingefordert werden. Der Stichtag für die Feststellung des Vermögens ist der 31. Dezember 1923. Das Vermögen ist nach Goldmark zu berechnen, wobei eine Goldmark = 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark bzw. = $^{10}/_{42}$ Dollar ist.

Den größten Umfang in den Durchführungsbestimmungen nehmen die Vorschriften über die Bewertung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ein. Maßgebend ist die Veranlagung zum Wehrbeitrag. Diese soll aber berichtigt werden können, und zu diesem Zwecke werden die Güter in 6 verschiedene Ertragsklassen eingeteilt und für jede dieser Klassen wird der Goldmarkwert für den Hektar in einer bestimmten Höhe festgestellt.

Diese Einteilung geschieht durch die Finanzämter, so daß die Einzelheiten den Steuerzahler noch nicht wesentlich interessieren. Erst wenn er mit der Zurechnung seines Gutes unzufrieden ist, kann er Einspruch erheben. Der Wehrbeitragswert wird unter keinen Umständen voll in Ansatz gebracht, es sind vielmehr von vornherein Abschläge zulässig, welche sich richten nach der Höhe des Durchschnittssatzes pro Hektar. Beträgt der Durchschnittssatz pro Hektar nicht mehr als 1000 Goldmark, so sind vom Wehrbeitragswert 40 % abzurechnen. Dieser Abschlag wird um so niedriger, je höher der Einheitspreis für den Hektar wird, und er beträgt nur noch 10 % bei einem Einheitssatz von mehr als 3000 Goldmark pro Hektar.

Beim **städtischen Grundbesitz**, insbesondere bei Wohn- und Mietshäusern, ist ebenfalls vom Wehrbeitragswert auszugehen. Der Wehrbeitragswert kann in einzelnen Fällen zunächst berichtigt werden, und zwar insbesondere dann, wenn seinerzeit die Berechnung nicht nach dem Ertragswert, sondern nach dem damaligen gemeinen Wert stattgefunden hat und dieser von dem derzeitigen Ertragswert um mehr als 10 % nach unten oder oben abgewichen ist. Auch dann, wenn in dem Bestande des Grundstückes seit dem 31. Dezember 1913 wesentliche Änderungen eingetreten sind, die eine Berichtigung des Wehrbeitrages notwendig machen. Das kann der Fall sein durch inzwischen vorgenommene Anbauten, Umbauten oder Verbesserungen. Es kann aber auch der Fall sein durch Vernichtung einzelner Teile des Grundstückes, etwa durch Brandschaden oder dergl. Die allgemeine bauliche Verschlechterung der Grundstücke kommt hierbei nicht in Betracht. Es wird nämlich für die Vermögenssteuer nicht der volle Wehrbeitragswert in Ansatz gebracht, sondern hiervon wird ein Abschlag vorgenommen, welcher als Ausgleich dienen soll für den Unterschied in der Bewertung von 1913 und von 1923. Dabei ist eine Unterscheidung getroffen zwischen Villen (Selbstbewohner) und Mietshäusern. Der Abschlag vom Wehrbeitragswert beträgt 65 % des Wehrbeitragswertes, wenn dieser nicht mehr als 30 000 Goldmark betragen hat. Ist der Wehrbeitragswert bei Villengrundstücken höher als 30 000 Mark aber nicht mehr als 60 000 Mark gewesen, so sind für die Vermögenssteuererklärung 50 % abzurechnen. Bei Villengrundstücken von einem Wehrbeitragswert über 60 000 Goldmark beträgt der Abschlag 30 %. Alle als Mietshäuser zu bezeichnenden Grundstücke sind für die Vermögenssteuer nur mit 30 % des Wehrbeitrages in Ansatz zu bringen. Hat eine Veranlagung zum Wehrbeitrag nicht stattgefunden, etwa weil das Grundstück erst nach dem 1. Januar 1914 errichtet worden ist, so muß zunächst der Wehrbeitragswert nachträglich veranlagt werden.

Bei der Bewertung des **Betriebsvermögens** ist ein Unterschied zu machen zwischen dem Anlagekapital und dem Betriebskapital. Zum Anlagekapital gehören alle dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände, also Gebäude, Maschinen, Utensilien. Alle Gegenstände des Anlagekapitals sind zunächst mit dem Preise zu bewerten, der für die Anschaffung oder Herstellung eines derartigen neuen Gegenstandes am 31. Dezember 1913 erforderlich gewesen wäre. Ist dieser Preis nicht zu ermitteln, weil es Gegenstände der betreffenden Art damals nicht gab, so ist dieser Preis durch Vergleich mit Gegenständen ähnlicher Art zu schätzen. Ist auch das unmöglich, so gilt als Anschaffungs- oder Herstellungspreis ¾ des Preises, der für den Gegenstand am 31. Dezember 1923 aufzuwenden gewesen wäre. Von dem so ermittelten Anschaffungspreis ist abzurechnen die Abnutzung.

Als **Betriebskapital** gelten die Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Betriebshilfsmittel und Waren. Diese sind regelmäßig mit dem Preise anzusetzen, welcher zur Herstellung oder Anschaffung am 31. Dezember 1923 erforderlich gewesen wäre. Wenn dagegen der Preis am 1. April 1924 niedriger war als am 31. Dezember 1923, so kann derjenige vom 1. April genommen werden. Nun ist zu beachten, daß an und für sich für den 1. Januar 1924 eine Goldmarkeröffnungsbilanz aufzustellen ist, welche als Grundlage für die Einkommensberechnung des Jahres 1924 gelten soll. Die in diese Bilanz eingesetzten Preise und Werte gelten als die Selbstkostenpreise für das neue Jahr. Die in diese Bilanz eingesetzten Werte sind außerdem die Mindestwerte für die Vermögenssteuerberechnung. Es ist zu beachten, daß die Sätze für die Vermögenssteuer relativ niedrig sind. Sie betragen einschließlich der Zuschläge 3 bis 7½ ‰. Bis zu 100 000 Mark Vermögen ist die Steuer keinesfalls über 5 ‰.

Forderungen in inländischer Währung sind zum Nominalbetrage auf Gold umgerechnet, einzusetzen. **Forderungen in fremder Währung**, Devisen und dgl. sind nach dem amtlichen Mittelkurs für Auszahlungen vom 31. Dezember 1923, Darlehnsguthaben, Aktivhypotheken, überhaupt alle solche Forderungen, welche nach der dritten Steuernotverordnung der Aufwertung unterliegen, sind unter Außerachtlassung der Aufwertungsvorschriften von dem Nominalpapiermarkwert mit 1 Billion auf Gold umzurechnen. Das heißt also mit anderen Worten: sie sind gar nicht in Ansatz zu bringen, weil die Umrechnung immer nur Bruchteile von Pfennigen ergeben würde. Gegenstände aus edlem Metall, Luxus- und Kunstgegenstände sind in die Vermögenssteuererklärung einzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: a) wenn die Anschaffung vor dem 31. Dezember 1918 erfolgt ist, nur dann, wenn der Anschaffungspreis des einzelnen Gegenstandes höher war als 10 000 Mark oder für mehrere gleichartige und zusammengehörige Gegenstände mindestens 100 000 Mark betragen hat, b) bei Anschaffungen nach dem 1. Januar 1919 nur dann, wenn der Anschaffungspreis damals betragen hat für einzelne Gegenstände 80 000 Papiermark oder mehr, bei mehreren 800 000 Papiermark oder mehr. Diese Bewertung steigert sich allmählich bis auf 1000 Billionen resp. 10 000 Billionen am 31. 12. 23. Soweit der Anschaffungspreis auf eine ausländische Währung lautet, ist er nach dem am Tage der Anschafung maßgebenden Mittelkurs in Papiermark umzurechnen.

Schulden sind zum Nennwerte einzusetzen. Soweit es sich bei solchen um Vermögensanlagen handelt, welche nach der dritten Steuernotverordnung der Aufwertung unterliegen, sind diese Bestimmungen außer acht zu lassen und die Papiermarknennbeträge sind auf Goldmark umzurechnen. In der Regel werden also solche Schulden ausfallen, da die Umrechnung zumeist nur Bruchteile von Pfennigen ergeben würde.

Bei **Erwerbsgesellschaften**, also hauptsächlich Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergbautreibende rechtsfähige Vereinigungen, Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sonstigen Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb wird das steuerbare Vermögen berechnet nach dem Gesamtwert aller Anteile zuzüglich aller ausgegebenen Genußscheine und Schuldverschreibungen. Maßgebend ist der Verkaufswert am 31. Dezember 1923.

Martin Horwitz, beeidigter Bücherrevisor, Breslau.

Bestechungsprozeß Zeigner.

(Vierter Tag.) r. Leipzig, 19. März.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird Rechtsanwalt Dr. Graf-Leipzig als Zeuge vernommen. Er schildert Zeigner als einen ängstlichen Menschen, der damals, als die Affäre aufgerollt wurde, sich in großer Erregung befand. Er habe Zeigner geraten, das Mandat niederzulegen und sich dem Staatsanwalt zu stellen. Zeigner habe sehr geweint. Dr. Graf belastet dann den Staatsanwalt Dr. Fiedler, der gesagt haben soll: „So mußte es kommen mit Zeigner. Ich werde es ihm schon heimzahlen mit seinem verfluchten republikanischen Richterbund."

Scharfe Zusammenstöße.

Der als Zeuge vernommene Staatsanwalt Dr. Fiedler bestreitet, eine solche Äußerung getan zu haben, und bestreitet ferner, daß er irgendwelchen Zwang gegen Möbius ausgeübt habe, um ihn zu einer Aussage gegen Zeigner zu nötigen. Es kommt infolgedessen zu scharfen Zusammenstößen zwischen Dr. Graf und Dr. Fiedler, der schließlich einräumt, daß er sich abfällig über Zeigner geäußert habe. Zeigners Verteidiger, Dr. Frank, stellt hierauf fest, daß Möbius verhaftet wurde, als er Zeigner weniger stark belastete, und aus der Haft entlassen wurde, nachdem er Dr. Zeigner wiederum sehr stark belastet hatte.

Zu einem neuen Zusammenstoß kommt es bei der Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Melzer, der die Anzeige gegen Zeigner und Möbius erstattet hat. Dr. Frank behauptet, daß der Zeuge dem Möbius zu verstehen gegeben habe, daß er seine Verteidigung übernehmen würde, obwohl er gewußt habe, daß er es gar nicht tun könne, da er ja selbst die Anzeige erstattet hatte. Oberregierungsrat Tierbach äußert sich dann über den

Fall Schmerler.

Schmerler, der ukrainischer Staatsangehöriger ist, hatte die Aufenthaltsgenehmigung für Sachsen nachgesucht. Nachdem die zuständigen Stellen das Gesuch abgelehnt hatten, wandte sich Schmerler an Zeigner, worauf das Gesuch bald genehmigt wurde. Der nächste Zeuge, Oberlehrer Bergner, soll aussagen, ob es wahr ist, daß Frau Dr. Zeigner versucht hat, durch ihn auf den Zeugen Brandt in dem Sinne einzuwirken, daß er seine Aussage zugunsten Zeigners ändere.

Vor dem Ende des Zeignerprozesses.

r. Leipzig, 20. März.

Wenn sich nichts ereignet, was noch im letzten Augenblick neue Zeugenladungen notwendig macht, dürfte die Beweisaufnahme im Bestechungsprozeß Zeigner bis Sonnabend abgeschlossen sein. Die ersten Tage der nächsten Woche bleiben sitzungsfrei, und am Mittwoch sollen dann die Schlußvorträge des Staatsanwalts und der Verteidiger folgen.

Heute wird nicht verhandelt, aber über den Schluß des gestrigen Verhandlungstages wäre noch etwas zu sagen, denn er brachte einiges Licht in das Dunkel, das bisher über „Zeigners Juwelen" geschwebt hatte. Es ist von diesen Juwelen wiederholt die Rede gewesen, und zwar in dem Sinne, daß Zeigner für Gnadengesuche, die er vermittelte oder selbst erledigte, auch Schmucksachen als „Gegenwert" angenommen haben sollte. Zwei Leipziger Juweliere, die wegen Hehlerei ein paar Monate Gefängnis absitzen sollten, hatten sich durch Vermittlung des „unehrlichen Maklers" Möbius an Zeigner gewandt, und die Gefängnisstrafe war ihnen dann im Gnadenwege in eine Geldstrafe umgewandelt worden. Für diesen Liebesdienst nun soll Zeigner von dem einen der beiden Juweliere nicht nur bares Geld, sondern auch Brillantringe und ein Brillantkollier erhalten haben. Festzustehen scheint, daß Möbius tatsächlich solche Kostbarkeiten zu Zeigner, der damals noch als „möblierter Herr" bei einer Zimmervermieterin wohnte, gebracht hat. Über das weitere Schicksal der Juwelen aber gehen die Aussagen auseinander. Zeigner will ganz energisch darauf bestanden haben, daß Möbius die Juwelen zurücknehme und an seine Auftraggeber zurückgebe. Möbius soll sie nun zwar zurückgenommen, aber nicht zurückgegeben, sondern für sich selbst verwendet haben. Wie in allen anderen Fällen, die zur Verhandlung standen, hat Möbius auch in diesem Falle vor Gericht ganz anders ausgesagt als seinerzeit in der Voruntersuchung, und es bleibt die Frage: Was ist Wahrheit?

Es sei noch erwähnt, daß Möbius, der sich jetzt „reuig und zerknirscht" immer wieder einen Lügner nennt, von Zeigner wiederholt mit höheren Geldbeträgen unterstützt worden ist. Zeigner will das getan haben, um endlich von Möbius loszukommen und zu erreichen, daß der unheimliche Mann ihn mit seinen vielen Gnadengesuchen, die ja eine sehr materielle Unterlage hatten, verschone. Aber „Möbiusse" lassen nicht so leicht locker, und wen sie einmal in den Fängen haben, der ist ihnen mit Haut und Haar verfallen . . .

Preisbildung in der Landwirtschaft.

Nach den regelmäßigen Meßzahlen.

Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse sowie für Lebensmittel im Kleinhandel weisen in der ersten Märzhälfte gegenüber der zweiten Februarhälfte nur geringe Veränderungen auf. Die wesentlichste Verschiebung ist der Rückgang des Durchschnittniveaus der Eisenbahnfrachten von 184 auf 166 % des Friedensdurchschnitts; die Eisenbahnfrachten liegen damit aber immer noch um gut 15 % über dem Vergleichsniveau der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, um etwa 65 % über dem der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Die Veränderungen der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel sind kaum nennenswert; im Durchschnitt stehen sie um 50 % über dem Friedensniveau; die größte Steigerung weisen die Kohlen mit 172 % auf. Ebenso geringfügig sind die Veränderungen der im Durchschnitt auf Friedenshöhe stehenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, bei denen den größten Tiefstand Ochsen mit 71 % und Roggen mit 81 % aufweisen. Die Lebensmittelkleinhandelspreise sind bei geringen Abschlägen immer noch um rund 20 % über dem Friedensniveau; die größte Steigerung weist Butter mit 166 % auf, während die von 87 auf 92 % gestiegene Margarine am tiefsten steht.

Anziehen der Lebenshaltungskosten.

Um etwa 1% erhöht..

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung. Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 17. März, auf das 1,07billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,06 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 % zu verzeichnen.

*

Gesteigerte Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 18. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich unter dem Einfluß anziehender Preise der Getreidearten und der Textilroh- und Halbstoffe gegenüber dem Stande vom 11. März (119,8) um 1,3 % auf 121,4 gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 105,4 auf 107,4 oder um 1,9 %, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 83,6 auf 86,7 oder um 3,7 %, ferner die Industriestoffe von 146,9 auf 147,4 oder um 0,3 % (davon die Gruppe Kohle und Eisen mit 137,7 unverändert); die Inlandswaren zogen von 107,5 auf 109,1 oder um 1,5 % an und die Einfuhrwaren von 181,6 auf 182,7 oder um 0,6 %.

Lobe-Theater.
Sonnabend 8 Uhr:
Premiere „Von morgens bis mitternachts".
Sonntag 8 Uhr:
„Von morgens bis mitternachts".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Der Clown Gottes".

Thalia-Theater.
Sonnabend zum 1. Male und Sonntag 8 Uhr:
„Lottchens Geburtstag"
„Die kleinen Verwandten" „Erster Klasse".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Eine galante Nacht".

Schauspielhaus.
Sonnabend und folgende Tage 7½ Uhr:
„Mädi".
Sonntag 3½ Uhr:
„Der Rastelbinder".

Schauburg
Viktoria-Theater.
Neue Taschenstrasse 30/33.
Täglich abends 8 Uhr
Berliner Gastspiel
Bismarck
Trilogie eines Kämpfers.
1. Teil
Volk und Krone

Liebich-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Tanzgastspiel
Elsa - Bertha - Martha Wiesenthal aus Wien.
Emanuel Steiner
Rechenkünstler.
Fred Janz
Komiker.
4 Arconis
Schleuderbrett-Akrobaten.
2 Blessings
Moderne Equilibristen.
Orig. **Strody**
Kunst und Humor auf dem Tanzseil.
5 Gebr. Köhler
Reckakt.
Fritz Adelly
Schwedischer Musik-Imitator.
2 Konrady
Matadore der Kopf-Balance.
Gilberts Taubendressuren.
2 Christians
Trapez-Künstlerinnen

Baum's Etablissement.
Sonntag, den 23. März:
Tanz.
Es ladet ergebenst ein A. Baum.
Saal für Vereine und Festlichkeiten.

Kathol. Männer-Verein St. Georg.
Sonntag, den 23. März 1924, abends 6 Uhr:
Familienabend
in Hielscher's „Volksgarten".
Gesangsvorträge der Gesangsabteilung, des Kirchenchores und Theateraufführungen.
Eintritt 50 Pfg. Einlaß 5 Uhr.
Karten sind bei Herrn Hanslok, Vereinshaus, zu haben
Der Ausschuss.

Brockauer Lichtspielhaus
Sonntag und Montag:
Der mitungeheurer Spannung erwartete Abenteuerfilm
Der letzte Tag.
Als Hauptdarsteller Harry Piel.
Der Höhepunkt der artistischen Leistungen.
Als Beischlager:
Die grosse Lüge.
Dieser 6 aktige Meister-Film-Roman behandelt das Problem jener Unglücklichen, die sich aus dem Sumpfe zurückfinden wollen.
Sonntag, 2½ Uhr: Jugendvorstellung.

Unterricht
in allen Zweigen der Handarbeit
Anfertigung von Handarbeiten jeder Art.
Ausgabe von Heimarbeit.
Frau Metzner, Parkstrasse 7.

Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß unsere beiden Verkaufsstellen i. Brockau
täglich mit
Brot
beliefert werden. Das im Laufe des Vormittags gebackene Brot kommt nachmittags zwischen 3 u. 4 Uhr zum Verkauf.
Breslauer Consum-Verein.

Übergangshüte
Lederhüte
Neueste Strohhüte
und Linonformen
Freund & Krebs
Strohhutfabrik
Karlstrasse 30
(neben der Hofkirche).
Strohhüte jeder Art.
Herrenfilzhüte
werden schon jetzt auf nur neueste Formen umgeformt.
Den ganzen Tag geöffnet.

nichts annehmen würde. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Aussage des Zeugen im Widerspruch mit seinen früheren Aussagen stehe, aber Priborski bleibt bei seiner Behauptung.

Zeuge Kaufmann Friedrichsen ist, wie er aussagt, von Priborski nur ganz allmählich in die Begnadigungsangelegenheit eingeweiht worden. Wenn die Begnadigung perfekt wäre, sollten 4000 Mark an denjenigen gezahlt werden, der die Begnadigung ausspreche, und 2000 Mark an Möbius. Später habe Möbius gesagt, es müßten vorweg 15 000 Mark nach Dresden abgeführt werden. Da die Summe zu hoch gewesen sei, sollten Schmucksachen gegeben werden. Direkt sei von Dr. Zeigner noch nicht gesprochen worden; aber es sei immer deutlicher geworden, daß Dr. Zeigner selbst gemeint gewesen sei. Die Bezahlung der Begnadigung habe er ganz seinem Sozius überlassen. Die Angabe, daß die Schmucksachen für Möbius bestimmt gewesen seien, erklärt der Zeuge für vollkommen ausgeschlossen. Zeuge Friedrichsen bleibt gleichfalls unvereidigt.

Börse und Handel.

Erneute Senkung des Kursstandes.

* Berlin, 21. März.

Auch heute ist in der zurückhaltenden, lustlosen und daher äußerst geschäftsstillen Haltung an der Börse keine Veränderung eingetreten. Die Realisationen, die diesmal hauptsächlich von Frankfurt a. M. ausgegangen sein sollen und immer mehr zur Beschaffung von Mitteln zur Bezahlung von Differenzen aus den Baisse-Engagements in der Frankwährung dienen, setzten sich fort und bewirkten eine erneute Senkung des Kursstandes um durchschnittlich etwa 1 Billion % und vereinzelt darüber. Immerhin zeigte sich später eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegen weitere Rückgänge im Zusammenhang mit Deckungen zum Wochenschluß. In den Verhältnissen am Gold- und Devisenmarkt hat sich wieder nichts von Bedeutung geändert.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	21. 3. gesucht	21. 3. angeb.	20. 3. gesucht	20. 3. angeb.
Holland 1 Gild.	1 556 100	1 563 900	1 556 100	1 563 900
Dänemark 1 Kr.	655 900	659 100	658 300	661 700
Schweden 1 Kr.	1 107 200	1 112 800	1 107 200	1 112 800
Norwegen 1 Kr.	578 500	581 500	571 100	573 900
Finnland Mark	105 700	106 300	105 700	106 300
Amerika 1 Doll.	4 190000	4 210000	4190000	4210000
England 1 Pfd.	18 055 000	18 145 000	18 055 000	18 145 000
Schweiz 1 Fr.	726 200	729 800	727 200	730 800
Frankreich 1 Fr.	217 500	218 500	213 500	214 500
Belgien 1 Fr.	174 600	175 400	174 600	175 400
Italien 1 Lira	179 600	180 400	179 600	180 400
Tschechien 1 Kr.	122 100	122 900	122 100	122 900
Österr. 1000 Kr.	60 800	61 200	60 800	61 200
Ungarn 1000 Kr.	59 800	60 200	65 800	66 200

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	21. 3.	20. 3.		21. 3.	20. 3.
Weiz., märk.	170-176	170-176	Weizkl. f. Brl.	11-11,2	11-11,4
pommerscher	—	—	Rogtl. f. Brl.	8,4-8,6	8,7-9
Rogg., märk.	137 143	137-143	Raps	310	310
pommerscher	133-137	133-137	Leinsaat	410-415	410-415
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	28-29	28-29
Braugerste	168-190	168-190	kl. Speiseerbs.	17,5-18	17.5-18
Futtergerste	150-160	151-161	Futtererbsen	14-14,5	14-14,5
Hafer, märk.	116-124	116-125	Peluschken	12-13	12-13
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	16-17	16-17
westpreuß.	116-120	116-120	Wicken	14-15,5	14-15,5
Weizenmehl			Lupin., blaue	13-14	13-14
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	16-16,5	16-16,5
Bln. br. inkl.			Seradella	14-15	14-15
Sack (feinst.			Rapskuchen	11,7	11,7
Mrk. ü. Not.)	25,5-27	25,5-27	Leinkuchen	22,3-23	23,5-24
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,2	9,2
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	17-22	17-22
Brl. brutto			Torfml. 30/70	8,2-8,4	—
inkl. Sack	21-23,7	21-23,7	Kartoffelfl.	20	20-20,1

Aus Brockau und Umgegend.

Brockau, den 22 März 1923.

Sitzung der Brockauer Gemeindevertretung.

Auf Dienstag, den 25. März 1924, nachmittags 3½ Uhr ist eine Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungssaal des Rathauses anberaumt, in welcher über die in der nachstehenden Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten bezw. beschlossen werden soll.

Tagesordnung:

1.) Ersatzwahl eines Beisitzers für den Wahlausschuß.
2.) Beitritt zu der mit Maßgabe erfolgten Genehmigung des 1. Nachtrages zur Besoldungsvorschrift.
3.) Voranschlag für 1924/25 und Festsetzung der Steuerzuschläge.
4.) Ermäßigung der Gebühren für Grabausschmückung.
5.) Verschiedenes.

Die Wahlen zur Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau.

Die Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses und deren Ersatzmänner finden für die wahlberechtigten Versicherten (Arbeitnehmer) in Brockau in Hielschers Gasthaus am Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 2—7 Uhr statt. In Brockau haben 1963 Versicherte aus den Ortschaften: Althofdürr, Althofnaß, Benkwitz, Boguslawitz, Brockau, Dürrjentsch, Eckersdorf, Grunau, Kattern, Kottwitz, Lamsfeld, Mandelau, Oderwitz, Oltaschin, Groß und Klein Oldern, Ottwitz, Pirscham, Pleischwitz, Probotschine, Radwanitz, Sambowitz, Klein Sägewitz, Sacherwitz, Schmartsch, Sillmenau, Schönborn, Tschechnitz, Treschen, Klein Tschansch, Groß Tschansch, Thauer, Woischwitz, Zedlitz 6 Vertreter und 12 Ersatzmänner zu wählen.

Für die wahlberechtigten Arbeitgeber ist die Wahl am Dienstag, den 13. Mai, nachmittags von 3—6 Uhr, im Restaurant „Zum Clausewitz" in Breslau, Feldstraße 20. Sie wählen 10 Vertreter und 20 Ersatzmänner.

Sport am Sonntag.

S. C. „Sturm" Brockau.

Am Sonntag, den 23. März gehen die Verbandsspiele weiter. Sämtliche Mannschaften sind diesmal mit Spielen belegt. Die Liga trifft auf ihren alten Gegner „Rasenfreunde Liga", den ehemaligen Pokalsieger in Brockau. Im ersten Spiel der diesjährigen Vereinsspiele gelang es Sturm mit 1 : 0 über den alten Widersacher zu triumphieren, sodaß man auf den Ausgang am Sonntag gespannt sein darf. Die Spiele steigen wie folgt:

Sturm	Liga —	Rasenfreunde	Liga	nachm. 3³⁰ Uhr in Brockau
„	1. Bez. —	„	1. Bez.	vorm. 10⁰⁰ Uhr in Brockau.
„	2. „ —	Union Wacker	2. „	vorm. 10¹⁰ Uhr in Breslau.
„	1. Jgd. —	„ „	1. Jgd.	nachm. 2⁵⁰ Uhr in Breslau.
„	2. „ —	„ „	3. „	nachm. 2³⁰ Uhr in Brockau.

Am nächsten Sonntag, den 30. 3., soll den Brockauer Sportsfreunden etwas ganz besonderes geboten werden. Es sind Verhandlungen mit einem Gegner von Extraklasse im Gange. Kommt das Spiel zum Abschluß, so bedeutet das eine Sensation für Brockau. Wir empfehlen allen, sich den Tag vorläufig frei zu halten.

Turnen.

Am kommenden Sonntag, 23. März, steigen in Breslau auf dem Vorwärtsplatze an der Menzelstraße die Endspiele um die Kreismeisterschaft der Frauen und Männer im Handball. Das Frauenspiel ist 2⁴⁵ Uhr unter Hahn (A. T. Vi Breslau), Männer 3⁴⁵ Uhr unter Lüttgart - Groß Salze bei Magdeburg angesetzt. In beiden Spielen sind A. T. V., Görlitz und T. V. Vorwärts-Breslau die Gegner, die einander völlig ebenbürtig sind. Es dürfte demnach äußerst spannende Kämpfe geben. Der Wichtigkeit der Spiele entsprechend wird über den Gau Breslau am 23. März von 12 Uhr mittag ab schärfstes Spielverbot verhängt. Die Eintrittspreise sind volkstümlich. Sie betragen im Vorverkauf bezw. an der Kasse: 1. für Tribüne 1 Mk. bezw. 1,20 Mk.; 2. für den Platz vor der Tribüne 80 Pfg. bezw. 1 Mk. Karten für Jugendliche und Schüler sind nur an der Kasse für 50 und 20 Pfg. zu haben.

† **[Standesamtliche Nachrichten.]** In der Berichtsperiode wurden angemeldet: Geburten: Lothar Fritz Hirdler, geb. am 10. März 1924 Sohn des Eisenbahn-Assistenten Fritz Hirdler, Brockau. Lisbeth Müller, geb. am 15. März 1924, Tochter des Arbeiters Robert Müller, Klein Tschansch. Charlotte Lasche, geb. am 16. März 1924, Tochter des Aushilfswerkführers Fritz Lasche, Klein Tschansch. Gerda Sopart, geb. am 17. März 1924, Brockau. Paul Franke, geb. am 19. März 1924, Sohn des Gärtners August Franke, Klein Tschansch. Günther Fischer, geb. am 20. März 1924, Sohn des Eisenbahnarbeiters Georg Fischer, Brockau. Charlotte Biller, geb. am 16. März 1924, Tochter des Schaffners Adolf Biller, Brockau. — Sterbefälle: Zugführer a. D. Paul Tobias, 60 Jahre 7 Monate alt, Brockau. Werkführer Heinrich Deinert, 52 Jahre 5 Monate alt, Brockau. — Eheschließungen: Fabrikbeamter Hauptmann a. D. Oskar Brückner und Hildegard Eifler. — Aufgebote: Eisenbahn-Ingenieur Julius Kaintoch, Göttingen und Damenschneiderin Elisabeth Rose, Brockau. Schuhmacher Maier-Leib Jakubowitz, Breslau und Frieda Malz, ohne Beruf, Brockau.

* **[Die neuen Hebammen-Gebührenordnung.]** Für die nachstehend bezeichneten Leistungen gelangen für den Landkreis Breslau von nun an die folgenden Gebührensätze zur Anwendung: 1. Für den Beistand bei einer regelmäßigen und bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 6—18 GM., für jede folgende Stunde 0,6 bis 1,8 GM. 2. Für den Beistand bei einer Mehrlingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eklampsie, mit einer Lösung der Nachgeburt oder mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt erhöht sich der Anfangssatz zu 1 auf 9—27 GM. 3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr zu 1 und 2 um 2—6 GM 4. Für den Beistand bei einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu 8 Stunden 5—15 GM., für jede folgende Stunde 0,6 – 1,8 GM. 5. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Verrichtungen, wie Ausspülungen, Einläufe, Katheterisieren, Baden und Wickeln des Kindes, für jede angefangene Stunde bei Tage 0,7—2,00 GM., bei Nacht das Doppelte. 6. Für jeden sonstigen Besuch, falls dabei Untersuchungen oder Verrichtungen durch die Hebamme ausgeführt werden, einschließlich der Untersuchungen und Verrichtungen, für jede angefangene Stunde bei Tage 1—3 GM., bei Nacht das Doppelte. 7. Für jeden sonstigen Besuch, bei dem von der Hebamme keine Untersuchungen oder Verrichtungen ausgeführt werden, für jede angefangene Stunde bei Tage 0,7—2,0 GM., bei Nacht das Doppelte. 8. Für eine Tagwache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuch eingeschlossen 2,5—7,5 GM., für eine solche Nachtwache 4—12 GM., für eine solche Tag- und Nachtwache 6—18 GM. 9. Für eine Raterteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 0,6—1,8 GM., durch Fernsprecher die Hälfte, bei Nacht das Doppelte. 10. Für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Raterteilung bei Tage 0,7—2,0 GM., bei Nacht das Doppelte. 11. Für ein schriftliches Zeugnis, außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 0,4—1,2 GM. 12. Für die Ausstellung eines Stillscheines je Woche 0,15—0,4 GM. In § 6 der Gebührenordnung vom 14. August 1923 wird die Gebühr für jeden zurückgelegten angefangenen Kilometer Landweg auf 0,15 GM. festgesetzt.

* **[Sonntagsfahrkarten]** von Brockau nach Breslau, Kattern, Kottwitz, Tschechnitz, Zobten-Ströbel kommen vom 17. April ab für 3. und 4. Wagenklasse zur Ausgabe. Die Karten haben Gültigkeit von Sonnabend Mittag 12 Uhr ab bis Sonntag 12 Uhr nachts.

* **[Abschiedsfeier für Pfarrer Dr. Schmidt.]** Wie bekannt, findet am Mittwoch, den 26. d. M. die Abschiedsfeier von Herrn Pfarrer Dr. Schmidt statt. Eingeladen hierzu sind alle Katholiken von Brockau und Benkwitz. Einlaß finden nur Karteninhaber; diese Karten sind bereits ausgegeben. Sollten bei der Verteilung der Einlaßkarten Katholiken übersehen worden sein, so können solche bei E. Wolff, Gr. Koloniestr. 7, abgeholt werden. Trotzdem für diese Feier beide Säle zur Verfügung stehen, ist der Platz sehr beschränkt Es können daher nur Erwachsene Einlaß finden. Für Platz kann natürlich nicht garantiert werden. Die Feier beginnt pünktlich um 7 Uhr, der Einlaß um 6 Uhr. Eingang nur Hauptstraße, kleiner Saal. Der Festausschuß bittet die Teilnehmer dringend die Verhältnisse zu berücksichtigen und genau nach der Bekanntmachung zu handeln, damit nicht erst unliebsame Zurückweisungen nötig werden.

* **[Handarbeitsunterricht.]** In der diesbezüglichen Anzeige von Frau Metzner ist zu berichtigen, daß der Unterricht Parkstraße 8 und nicht in Nr. 7 erteilt wird.

* **[Die Roman-Fortsetzung]** von „Der Väter Sünde" muß wegen Raummangel heute fortfallen.

h **[Freie evang. Gemeinde Brockau.]** Die Uebungsstunden des Gesang- und Mandolinenchores finden wie bekannt statt.

* **[Turnverein Friesen.]** Montag, den 23. März, 7½ Uhr, Tieabend. — Mittwoch, 8 Uhr, Geigenchor. — Donnerstag, 8 Uhr, Vorturnerstunde.

* **[Evangelischer Jungmänner-Bund.]** Sonnabend, den 22. März, abends 7½ Uhr, im Kirchanbau Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht. — Die März-Nummer von „Der junge Tag" ist erschienen. Preis 0,15 Mk. Um pünktliches Abholen wird gebeten. — Dienstag, den 25. März, abends 7 Uhr, Musikabend. Das Erscheinen aller Musiker ist dringend erwünscht, da das Stiftungsfest bevorsteht. Nichterscheinen gilt als Austritt aus der Musikabteilung. — Donnerstag, abends 7½ Uhr, Jungtagstunde in der Diakonissenstation. — Freitag, abends 7 Uhr, Schachabend. — Sonnabend, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung.

* **[Der katholische Männerverein St. Georg]** veranstaltet am Sonntag, den 23. März, einen Familienabend bei Herrn Hielscher. Gesangsvorträge des Kirchenchores und der Gesangsabteilung des Männervereins werden mit Theateraufführungen abwechseln. Sonntag Mittag, 1 Uhr, Vorstellung für Kinder. Eintritt 10 Pfennig. Abends: Einlaß 5 Uhr, Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Karten sind bei Herrn Hanslok, Vereinshaus, zu haben.

* **[Erster Brockauer Kraftsport-Verein „Siegfried" 1914.]** Am Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal die fällige Monatsversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

= **Ist der holde Lenz erschienen?** Das Volk, das nichts von der Astronomie versteht, sondern sich auf die Tradition verläßt, ist der festen Überzeugung, daß der Frühling am 21. März anfängt. Nach dem Kalender fing er sogar schon am 20. März an. Im Grunde ist das Jacke wie Hose, denn man fror am 20., und man fror am 21., und es gibt kaum noch einen Menschen, der zu hoffen wagt, daß man jemals aufhören wird zu frieren. Wenn man das nun Frühling nennen will, so sei's drum, denn Namen sind Schall und Rauch, und Winter bleibt Winter, auch wenn wir ihn hundertmal Lenz schimpfen. Was die von der astronomischen Fakultät mit Frühlingsanfang bezeichnen, ist einfach die erste Tag- und Nachtgleiche des Jahres. Am 20. März dauerte der Tag zwölf Stunden, und die Nacht — von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang gerechnet — auch nur noch zwölf Stunden. Das war im Interesse aller, die da glauben, daß wir uns jetzt mitten im Frühling befinden, wissenschaftlich festzustellen, und nun können wir getrost weiter frieren!

□ **Das Schulgeld an den höheren Lehranstalten Preußens** einschließlich der Aufbauschulen und Aufbauklassen wird vom 1. Mai d. J. ab auf zehn Goldmark monatlich festgesetzt, an den mit den Oberlyzeen verbundenen Übungsschulen auf vier Goldmark monatlich. Das Eintrittsgeld beträgt vom 1. Mai d. J. ab fünf Goldmark. Den Unterhaltungsträgern der nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten ist es gestattet, die staatlichen Sätze um 25 % zu überschreiten. Für ausländische Schüler darf auch an nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten künftig mehr als das Doppelte des Inlandsatzes nicht erhoben werden.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten.

Verstärkter Einsatz Technischer Nothilfe in den Hafenbetrieben.

Berlin, 21. März. Da sich die Einigungsverhandlungen im Streik der norddeutschen Hafenarbeiter zerschlagen haben, dauert die Einsetzung der Technischen Nothilfe, die neuerdings in verstärktem Umfange herangezogen werden mußte, weiter an. Im Hamburger Hafen sind auf 7 Dampfern 1060, in Bremen etwa 650 Nothelfer und in Bremerhaven ungefähr 190 Angehörige der Technischen Nothilfe eingesetzt.

Neue Deutsche Denkschrift über die Besatzungskosten.

Berlin, 21. März. Wie man erfährt, wird die Reichsregierung in kürzester Zeit eine vierte Denkschrift über die Besatzungskosten veröffentlichen.

Clive nicht in der Pfalz.

Berlin, 21. März. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß der englische Generalkonsul Clive wieder in der Pfalz weile, ebenso unzutreffend wie die Meldung, daß von Deutschland eine neue Note sich in Vorbereitung befinde.

Reichswohnungskonferenz in Weimar.

Weimar, 21. März. nter dem Vorsitz des Ministerialrates Dr. Glaß fand im Rathause eine Reichswohnungskonferenz statt. Aus dem Ergebnis der Verhandlungen ist festgestellt, daß über die Durchführung der dritten Steuernotverordnung, soweit die Mietzinsbildung in Betracht kommt, Übereinstimmung für die beabsichtigte Durchführung durch die Länder erzielt wurde. Über die Erhöhung der etwa zu erhebenden Mietzinssteuer sind Beschlüsse nicht gefaßt worden.

Besitztum von 100 Flüchtlingsfamilien verbrannt.

Frankfurt a. M., 21. März. Die hiesige Landwirtschaftshalle, ein riesiges Gebäude im Osten der Stadt ist in der vergangenen Nacht vollständig niedergebrannt. In der Halle lagerten außer Chemikalien und anderen Stapelartikeln die Möbel von ungefähr 100 Flüchtlingsfamilien.

Gesteigerte Nachfrage nach Roheisen.

Essen. 21. März. In der letzten Sitzung des Roheisenverbandes wurde seitens der Geschäftsführer mitgeteilt, daß die Nachfragen nach Roheisen in den letzten Wochen wesentlich zugenommen haben. Der Druck der ausländischen Konkurrenz habe infolge des Steigens der Frankwährung nachgelassen.

Noch keine Schnellzüge durch das Ruhrgebiet.

Elberfeld, 21. März. Die in Aussicht genommene Durchführung der Schnellzüge durch das Ruhrgebiet kann zum Bedauern der Reichsbahnverwaltung nach Mitteilung der hiesigen Reichsbahndirektion noch nicht erfolgen, da eine Einigung mit der Regie wegen der Vereinfachung des Paßkontrollwesens bisher nicht zustande gekommen und damit die pünktliche Durchführung der Schnellzüge nicht gewährleistet ist.

Der Londoner Verkehrsstreik unvermeidlich.

London, 21. März. Alle vorgenommenen Bemühungen, zwischen den Angestellten der Londoner Straßenbahnen und Omnibuslinien auf der einen und den Gesellschaften auf der anderen Seite eine Einigung über die Lohnfrage herbeizuführen, sind gescheitert. Der Streik soll sofort begonnen werden.

SEIDENHAUS **M. Fischhoff** RING 43

Frühjahrs-Neuheiten

in

Seide -:- Wollstoffen -:- Waschstoffen

Intelligenter Knabe, der

Buchdrucker

werden will, melde sich in der

Brockauer Zeitung.

Zwei Kastenfenster

mit allem Zubehör und Glas

verkauft **Arndt,** Bahnhofstrasse 5.

Unterricht

in allen Zweigen der Handarbeit

Anfertigung von Handarbeiten jeder Art.

Ausgabe von Heimarbeit.

Frau Metzner, Parkstrasse 8.

Gebr. Meister

Albrechtstrasse 40,

part., I. und II. Etg.

Bekleidung für Herren und Knaben.

Nähmaschinen

empfiehlt

bei weitgehendster Zahlungserleichterung

Alfred Schlesinger, BRESLAU, Schmiedebrücke 29a.

Werkstätte für Kunststopfen

Gabitzstraße 74, I. Tel. Ohle 4679

nimmt Herren-, Damen-Garderobe, Teppiche, Gardinen usw. zum Kunststopfen entgegen.

Erstklassige Ausführung. Mäßige Preise.

Zur Konfirmation!

empfehle mein großes Lager in

Evangel. Gesangbüchern

vom einfachsten Gelbschnittbuch bis zum elegantesten Leder- oder Elfenbein-Gesangbuch mit Schloß.

Ferner halte vorrätig:

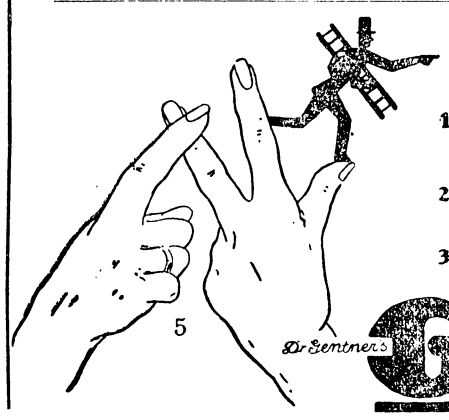
Neue Testamente, Taschen-, Haus- und Schulbibeln

zu billigsten Preisen.

Konfirmationsbilder,

Christliches Vergißmeinnicht als Geschenk.

Ernst Dodeck, Bahnhofstrasse 12.



3 kurze Fragen:

1. Ist Ihnen bekannt, daß die sauerstoffhaltigen, sogenannten „selbsttätigen" Waschmittel die Wäsche beim Kochen zerfressen?
2. Wissen Sie, daß das Staatliche Material-Prüfungsamt festgestellt hat: 1 kg aktiver Sauerstoff vernichtet ca. 30 kg Wäschefaser?
3. Dürfen wir Ihnen ein absolut unschädliches, sauerstoffreies Waschmittel empfehlen? Es macht Seifenzusätze vollständig überflüssig!

Dr. Zentners **Goldperle** mit Schnitzelseife

Konfirmanden-Geschenke

Silberwarenfabrik

Julius Lemor, Breslau 6,

Fischergasse 11. — Gegr. 1818.

Schmuck und Taschenartikel in Gold-, Silber- u. Alpakkasilber, Armbanduhren. Reiche Auswahl in meinem Fabriklager. Auswahl auf Wunsch franko.

Detail-Abteilung 8–6 Uhr.

Epilept. Krämpfe-

Leidenden gebe ich aus Interesse gern bekannt, wie meine Tochter seit Jahren von ihrem Leiden befreit wurde. Rückporto beilegen, da ich kein Geschäft betreibe.

J. Pohl,

Habelschwerdt 294, Flurstrasse 397a.

Rohrstühle

werden geflochten, sowie auch Korbreparaturen gemacht.

Standfuss,

Güntherstr. 23.

Cement-Versand

Hoffmann,

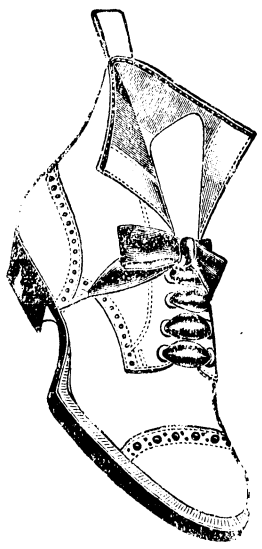
Magdeburg, Wilhelmstr.

Anstricken und **Anweben** von **Strümpfen**

solid und preiswert

Sächs. Wollw.-Manufaktur

Breslau, Zwingerplatz 1.



Einem geehrten Publikum von Brockau und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich neben meiner Lederhandlung — auf vielseitigen Wunsch — von nun an auch

Schuhwaren

führe. Mein Bestreben ist es

gut und **billig**

zu sein. Ein Versuch genügt.

— Bequeme Teilzahlung. —

Ich bitte mein Unternehmen auch in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Eduard Wolfgang,

Inhaber der Lederhandlung

Herbert Schramm,

Hatzfeldstr. 12 Ecke Bahnhofstr.

Die allerbilligsten **Anzüge Mäntel** kaufen Sie direkt aus der Werkstatt im

Herrenbekleidungshaus

Herm. Partetzke,

Breslau, Nikolaistr. 48 vis-a-vis Barbarakirche.

RINO-SALBE

bewährt und empfohlen bei

FLECHTEN
HAUTAUSSCHLAGEN
KRAMPFADERGESCHW.
FROSTSCHADEN / ALTE WUNDEN

RICH. SCHUBERT u. CO. G. m. b. H.
WEINBÖHLA - DRESDEN
zu haben in den Apotheken

Metallbetten

Stahlmatr. Kinderbett.

dr. a. Priv., Kat. frei K.66.

Eisenmöbelfabk. Suhl.

Pfarramtliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst in Brockau.

Sonntag, den 23. März.

7 Uhr: hl. Messe, 9¼ Predigt und Hochamt.

2½ Uhr: hl. Segen.

Wochentags ¾7 und ¼8 hl. Messe.

Evangelischer Gottesdienst in Brockau.

Sonntag, den 23. März.

9½ Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor Meyer-Fredrich.

10¼ Uhr: Prüfung der Konfirmanden. Pfarrer Menzke.

11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

Donnerstag, den 27. März.

5 Uhr: Passionsandacht. Pastor Meyer-Fredrich.

Abends 7 Uhr: Gemeinschaftsstunde im Kirchanbau

Alle Gemeindemitglieder sind freundlichst eingeladen

Freie evangelische Gemeinde Brockau (Güntherstraße 21)

Sonntag, den 23. März.

Vorm. 9 Uhr: Morgenandacht.

11 Uhr: Sonntagschule.

Abends 7 Uhr: Oeffentlicher Vortrag für jedermann Prediger Kuwatsch

Donnerstag, den 27. März.

Nachm. 4 Uhr: Religionsunterricht.

Abends 7 Uhr: Bibel- u. Gebetsstunde. Pred. Kuwatsch

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters und Schwiegervaters des

Zugführer a. D.

Paul Tobias

sagen wir allen Freunden, Bekannten, Hausbewohnern und Vereinen unsern tiefgefühltesten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Kaplan Scholz für seine trostreichen Worte am Grabe und dem Kirchenchor für seine erhebenden Gesänge.

Brockau, den 21. März 1924.

Die tieftrauernden Kinder.

Wichtig für Brautpaare

Wohnungseinrichtung, Erle poliert

1 Garderoben-Schrank, 2 tür.	60.—
1 Vertiko passend	60.—
2 Betten englisch, 2 Patent-Matratzen, 2 Auflege-Kissen, 3 teil.	135.—
1 Auszugstisch	40.—
4 Rohrstühle	30.—
1 Küche 7 teil.	75.—
zusammen	Mk. 400.—

Schlafzimmer, Eiche kompl. nur Mk. 380.—

— Teile auch einzeln. — Teilzahlung gestattet —

Max Giesel, Breslau,

Brüderstrasse 23.

Geschlechtskranke! Seit über 15 Jahren haben sich unsere Präparate gegen 1) Harnröhrenleiden, frisch und veraltet, beider Geschlechter, 2) Syphilis (ohne giftige Einspritzungen), 3) Mannesschwäche, 4) Weißfluß bewährt. Leere Versprechungen machen es nicht! Tatsachen beweisen, wie solche in zu Tausenden eingegang. Dankschreiben bestätigt werden. Ueber jedes Leiden ist eine belehrende Broschüre erschienen, die völlig kostenlos in verschloss. Umschlag ohne Aufdruck geg. 30 R.-Pfg. Porto zugesandt wird. Keine Berufsstörung. — Leiden genau angeben. — Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H., Berlin NO. Lietzmannstr. 22.

Warnung! Die Gerüchte, die gegen Frau Menzel und Frau Kretschmer im Umlauf sind, beruhen auf Unwahrheit. Wir warnen vor Weiterverbreitung, da wir sonst gerichtlich vorgehen.

Die Beteiligten.

Hierzu eine Beilage